:antifaschistische nachrichten Nr. 20

g 3336 7.10.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

A.i.d.a-Archiv gewinnt Rechtsstreit

MÜNCHEN. Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. darf vorerst vom Verfassungsschutz nicht mehr als „linksextremistisch“ diffamiert werden. Entsprechende Einträge im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2008 müssen sofort gestrichen oder geschwärzt werden. Dies entschied der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in zweiter Instanz am 23. September 2010. Gegen den Beschluss gibt es keine Rechtsmittel.

Deutliche Worte im Urteil

In der aktuellen Urteilsbegründung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (Az. 10 CE 10.1830) heißt es deutlich: „Der Bericht enthält über den Antragsteller [a.i.d.a.] ein auch nicht ansatzweise durch tatsächliche Anhaltspunkte nachvollziehbar belegtes Negativurteil“. „Die Entscheidung ist ein großer Erfolg gegen die Verleumdungskampagne des bayerischen Innenministeriums und des Verfassungsschutzes“, kommentiert Angelika Lex, Anwältin von a.i.d.a., das Urteil. „Das Gericht hat festgestellt, dass nicht politisch motivierte Fantasiegebilde, sondern nur nachweisbare Tatsachen einen solch gravierenden Grundrechtseingriff rechtfertigen können. Innenminister Herrmann ist mit dem Versuch, mit a.i.d.a. ein linksextremistisches Feindbild zu konstruieren, gescheitert.“

„Grandioser Erfolg für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts“

Marcus Buschmüller, Gründungsmitglied und im Vorstand des Vereins a.i.d.a. e.V.: „Das Urteil freut uns riesig. Es ist ein grandioser Erfolg für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen Fördermitgliedern, Unterstützer_innen, den vielen Parteien, Gruppierungen und Initiativen, die in der außerordentlich belastenden Situation zu uns gehalten haben.“

www.aida-archiv.de ■

Aus dem Inhalt:

Ringen um Chefposten beim FN 7
Flüchtlinge im Hungerstreik . .13

Anti-Islam-Hetze in Aachen

Am 25. September sind rund 160 Neonazis durch das Aachener Ostviertel gezogen, um gegen den Bau der Yunus-Emre-Moschee zu demonstrieren. Die „Türkisch-islamische Gemeinde zu Aachen e.V.“ baut an der Stolbergerstraße ein neues Gemeindezentrum. Aachens Polizeipräsident Klaus Oelze scheiterte mit einem Verbot des Aufmarsches. Das Verwaltungsgericht Aachen gab dem Eilantrag des Pulheimer Neonazis und Demo-Anmelders Axel Reitz statt und hob die Verbotsverfügung auf. Das Oberverwaltungsgericht Münster verwarf eine Beschwerde Oelzes gegen diesen Beschluss. Abgeschirmt von Einsatzkräften zog der braune Tross mit Parolen wie „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ durch weitgehend unbelebte Straßen bis in die Nähe der Moscheebaustelle. Nach einer Kundgebung machten die Rechten, die teilweise aus dem Ruhrgebiet und dem benachbarten Ausland nach Aachen angereist waren, kehrt und verließen die Stadt. Neben Anmelder Reitz traten als Redner Sven Skoda, Paul Breuer (Köln), Willibert Kunkel (NPD Kreisverband Aachen), Ivo Pastoor (Parteisekretär der niederländischen „Nederlandse Volks-Unie“) sowie ein Vertreter der belgischen Nieuw-Solidaristisch Alternatief auf.

Protest gegen den Naziaufmarsch in Aachen

links: Der Niederländer Ivo Pastoor

Fotos: Dominik Clemens

Insgesamt beteiligten sich rund 3000 Menschen an verschiedenen Protestaktionen gegen die Neonazis. Der Aachener DGB-Vorsitzende Ralf Woelk kritisierte die Entscheidung der Gerichte und forderte in einer Rede vor etwa 1500 Menschen das Verbot von NPD und der sogenannten „Kameradschaften“.

Mats Fogeman ■

Verleger gestorben

RECKLINGHAUSEN. Der 1933 im schlesischen Saarau geborene Herausgeber des revanchistischen Wochenblattes „Der Schlesier“, Hans-Joachim Ilgner, ist am 16. September verstorben. 1985 musste sich die „Landsmannschaft Schlesien“ von ihrer Wochenzeitung und deren Chefredakteur trennen. Grund war der extrem rechte Kurs des Blattes, das auch vor antisemitischen Stereotypen nicht zurückschreckte. Zuletzt hatte das Wochenblatt gerade noch etwa 3500 Abonnenten und verfügte über vier feste Mitarbeiter. Das „Ostpreußenblatt“ bekundete dennoch „Respekt vor der Lebensleistung“ Ilgners, und die extrem rechte „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ aus Sachsen bescheinigte diesem eine „aufrechte Haltung“. Ob die Zeitung nach Ilgners Tod fortgeführt wird, ist derzeit noch fraglich. *hma* ■

Kooperation vereinbart

BREMEN/STRASSBURG. Eine Delegation der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ um den Bremer Landtagsabgeordneten Jan Timke war Ende September zu Gast bei der Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD) im EU-Parlament, wo sie u.a. Nigel Farage, EU-Parlamentarier der britischen UKIP und Vorsitzender der EU-kritischen EFD-Fraktion, traf. Man sprach dort mit Blick auf die Europawahl 2014 auch über eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Farage und die EFD hoffen, dass „endlich auch eine konservative Gruppierung aus Deutschland den Sprung in das Europaparlament“ schaffe, so Timke.

Die Gründung einer neuen Europapartei war ebenfalls Thema. Unter deren Dach sollen gleichgesinnte Organisationen möglichst vieler EU-Staaten vernetzt werden. „Bürger in Wut“ soll als deutscher Vertreter am Aufbau einer solchen Partei mitwirken. Ende September warb die ominöse Wählervereinigung noch mit einer halbseitigen Anzeige im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ für sich und bat um Spenden für den Antritt zur Bremer Landtagswahl im kommenden Jahr. *hma* ■

Von allem verfolgt

AACHEN. Der Staat und Europa seien dabei, „zu einer sich „fürsorglich“ gebärdenden Diktatur zu mutieren“, heißt es in der Bewerbung des jüngst im Aachener „MM-Verlag“ erschienenen Buches „Die leise Diktatur. Das Schwinden der Freiheit“. Mittlerweile sei es schon soweit, „daß sich in der Gesellschaft ein repressionsfreier Diskurs nicht mehr führen“ lasse, wird behauptet. Den Autoren des Buches reiche es nun, heißt es weiter. „Sie haben genug von Parteien und Medien, die uns aufzwingen, wie zu denken und reden ist. Sie haben genug von einer Gleichheitsideologie, die vorgibt, unterschiedliche Geschlechter seien bloß ein Einfall herrschsüchtiger Männer“ und „sie wehren sich gegen eine fortschreitende Kirchenfeindlichkeit, die Einschränkung ihrer Religionsfreiheit als Christen, Abtreibung und Euthanasie sowie gegen den neuen Antisemitismus der Linken“. Sie wehren sich „gegen eine ausufernde Kriminalität, Überfremdung, Aggression und Arroganz vieler Migranten der dritten Generation, gegen Islamisierung und verschämten Umgang mit der eigenen Kultur und Identität“. Die mehr als 20 Autorinnen und Autoren dieses Buches, das von Verlagschef Michael Müller herausgegeben wurde, kommen aus verschiedenen Spektren des rechten Rands. Unter ihnen finden sich Anhänger des „Opus Dei“, so genannte „Lebensschützer“, konservative Familiennetzwerker und Homeschooling-Anhänger. Auch der noch im letzten Jahr mit einem Preis der „Jungen Freiheit“ ausgezeichnete Herausgeber der rechtsliberalen „eigentümlich frei“, Andre Lichtschlag, gehört dazu, ebenso der Islam-„Kritiker“ und Publizist Udo Ulfkotte wie auch der Gründer des rassistischen Internetportals „PI-News“, Stefan Herre.

Müller, Herausgeber des neuen Buches ist auch Chefredakteur der ebenfalls im „MM-Verlag“ erscheinenden „papsttreuen“ Zeitschrift „KOMMA“. Diese will künftig mehr jüngere Leser erreichen. Geplant ist die Herausgabe eines neuen Magazins unter dem Namen „KOMMA for Young“. *hma* ■

137 Todesopfer rechter Gewalt

BERLIN. Von 1990 bis heute haben nach Recherchen des Tagesspiegels und der ZEIT mindestens 137 Menschen ihr Leben durch Angriffe rechtsextremer Täter verloren. Die Polizei führt lediglich 47 Tote in ihrer Statistik.

Mit der Veröffentlichung dieser Liste wollen die beiden Zeitungen den vielen kaum bekannten Opfern ein Gesicht geben und öffentlich machen, dass sie nicht Opfer eines „normalen“ Gewaltverbrechens wurden. Hunderte Lokalzeitungsartikel und Gerichtsurteile haben Tagesspiegel und ZEIT gesichtet, monatelang Opferberatungsstellen und Hinterbliebene, Anwälte und Strafverfolger interviewt. Gerichtsurteile mit teilweise mehreren hundert Seiten wurden analysiert, um die Motivation der Täter herauszufinden. In der Liste mit den 137 Todesopfern sind die 99 Toten enthalten, die Tagesspiegel und „Frankfurter Rundschau“ bis 2003 genannt haben. Außerdem kommt ein Fall hinzu, den der Tagesspiegel abweichend von der „FR“ erwähnt hatte, die ihrerseits über ein anderes Todesopfer schrieb. Damit sind bereits insgesamt 100 Todesopfer aufgelistet. Es folgen neun Tötungsverbrechen, die Tagesspiegel und „FR“ zunächst nur als Verdachtsfälle genannt hatten, die aber nach weiteren Recherchen der jetzt erstellten Liste zuzuordnen sind.

Zuletzt kommen 28 Todesopfer aus neuen Fällen hinzu, die Tagesspiegel und ZEIT untersucht haben. So ergibt sich die Summe von 137 Todesopfern rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

Für jedes einzelne Jahr von 1990 bis 2009 werden die Opfer im Einzelnen vorgestellt: *http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus/*

aus Tagesspiegel 15.9. 2010 ■

Gleich vier Nazi Aufmärsche in Leipzig am 16.10.2010

LEIPZIG. Seit Freitag (10.9.2010) bewerben die sogenannten „Nationalen Aktivisten“ gleich drei Aufmärsche im Leipziger Stadtgebiet. Nach „Gegen Polizeiwillkür und staatliche Gewalt“ und „Kapitalismus abschalten – Zinsherrschaft brechen“ kommt nun „Zukunft statt Krisenzeiten“ und „gegen linksradikale Hetze roter Stern Leipzig“ hinzu. Wir sind gespannt, wie viele Anmeldungen sie den Menschen in der Stadt noch auftischen wollen.

Die Anmeldenden in diesem Jahr sind übrigens keine Unbekannten. Tommy Naumann, Vorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten in Sachsen, war bereits Anmelder des Standmarschs am 17.10. vergangenen Jahres. Dieser wurde durch die Polizei aufgelöst, nachdem die Einsatzkräfte durch Neonazis angegriffen worden waren. Kraft seines Amtes ist er ebenso Mitglied im Vorsitz der sächsischen NPD.

Istvan Repaczki wurde als Anmelder diverser Aufmärsche von Neonazis im Jahr 2008 bekannt. Damals versuchte er die Tragödie um den Tod seiner Nichte politisch zu instrumentalisieren und für nationalsozialistische Propaganda zu nutzen. Er ist außerdem als Sachbearbeiter der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag angestellt.

Beide sind seit Jahren als aktive Neonazis bekannt und waren Mitglieder der sogenannten „Freien Kräfte Leipzig“.

Teile dieser Gruppe gingen 2008 in der JN-Ortsgruppe in Leipzig auf, welche ihren Sitz in der Odermannstraße in Lindenau hat. Auch deren Vorsitz hat Tommy Naumann inne.

Naumann und Repaczki kandidierten beide erfolglos 2009 auf der NPD-Liste für den Leipziger Stadtrat.

Am Donnerstag, 9.9.2010 trafen sich Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen, kulturellen, religiösen, politischen und antifaschistischen Initiativen und Vereinigungen, um ihr gemeinsames Vorgehen abzustimmen. Einstimmig wurde beschlossen, sich den Neonazis erneut zu widersetzen und ihnen damit wie vor einem Jahr nicht die Straße zu überlassen.

„Wir selbst sind verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, den erstarkenden Neonazi-Strukturen unsere Überzeugung, unseren Mut und Verstand, unsere Gemeinsamkeit und Vielfalt entgegenzusetzen.

Leipzig nimmt Platz! Sei dabei und misch dich ein."

http://leipzignimmtplatz.blogsport.de/ ■

„Freie Nationalisten Berlin-Mitte" aufgelöst

BERLIN. Einem Eintrag auf der Homepage der Kameradschaft zufolge, welcher nur wenige Stunden abzurufen war, hat sich die Berliner Gruppierung mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Die sogenannten Freien Nationalisten Berlin Mitte (FN-Mitte), waren seit Frühjahr des Jahres 2010 eine der auffälligsten Kameradschaften in Berlin. Diese (alters-)heterogene, aktionistische Gruppierung von mehr als einem Dutzend Neonazis und deren rechter Anhang, betraten im Vorfeld des Neonazi-Aufmarsches zum 1. Mai in Berlin die Bühne als neuer Akteur der aktionsorientierten Rechten. Ihre Aktionen umfassten vor allem Provokationen und Angriffe auf linke Lokalitäten, sowie Plakat- und Sprühaktionen auf der Straße.

Die zunehmende Kontinuität von Angriffen auf linke Lokalitäten, die vorher nicht bzw. kaum im Neonazi-Fokus standen, so z. B. auf die Scherer8 (Wedding) und die Bunte Kuh (Weißensee) konnten dem Umfeld dieser Gruppe zugeordnet werden. Antifaschistische Gruppen und Projekte beantworteten diese Bedrohung durch eine breite Palette öffentlichkeitswirksamer Aktionen. So wurden drei Gruppenmitglieder: Steve Hennig (ehem. Wedding), Christian Schmidt (Weißensee), Falk Isernhagen (Kreuzberg) unmittelbar in ihrem Wohnumfeld geoutet. In Weißensee folgte dem eine entschlossene Demonstration gegen die dortigen Naziumtriebe. Den Höhepunkt stellte eine kraftvolle Antifa-Demo im Wedding dar, die am 17.9.2010 mit mehr als 800 Teilnehmer_innen auf den aktuellen Naziterror und die Aktivitäten der FN-Mitte aufmerksam machte.

Wie nun dem rechten Blog-Hoster logr.org zu entnehmen ist, wurde die offizielle Internetpräsenz der Kameradschaft gesperrt. In einer nur wenige Stunden abrufbaren Erklärung der Gruppe, wurde verlautbart, dass die FN-Mitte mit „sofortiger Wirkung aufgelöst" sei. Über die Hintergründe kann derzeit nur spekuliert werden. Einer knappen Mitteilung der Berliner Innenverwaltung nach, gab es mindestens eine Hausdurchsuchung bei einem Aktivisten der Kameradschaft.

Wir werden die Entwicklungen weiter beobachten und aufdecken.

www.keinkiezfuernazis.blogsport.eu ■

„Spielraum für Neonazis und deren Ideologie einengen!"

SACHSEN. „Erhebliche Besorgnis" wegen der Eröffnung eines so genannten „nationalen Schulungszentrums", das weitgehend durch einen NPD-Landtagsabgeordneten finanziert wird, äußern die Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz (Grimma) und Thomas Kind (Delitzsch). „Es muss alle Demokraten zur Vorsicht mahnen, wenn die NPD im Kreis Nordsachsen gleichzeitig die geplante Schaffung weiterer Treffpunkte in Eilenburg und Oschatz ankündigt", meint Köditz, die Sprecherin für antifaschistische Politik ihrer Partei im Landtag. Sie stimme der Einschätzung der Staatsregierung zu, dass „dadurch weiteres Personenpotenzial Zulauf zur Szene" findet und dass üblicherweise „in solchen Objekten rechtsextremistisch motivierte Straftaten begangen" werden. „Dies ist gerade im Landkreis Nordsachsen gravierend, da der dortige Kreisverband der NPD seit einiger Zeit durch militante Neonazis übernommen worden ist", fügt die Landtagsabgeordnete der LINKEN hinzu. Ihr Delitzscher Kollege Thomas Kind ergänzt: „Es langt nicht aus, dass Landrat Czupalla bei einer Veranstaltung im Dezember vergangenen Jahres wörtlich forderte, ‚offensiv, öffentlichkeitswirksam und nachhaltig gegenüber jeglichen extremistischen Tendenzen Flagge zu zeigen', wenn diesen Worten nicht auch Taten folgen." In der Pflicht sei die Koordinierungsstelle des Landratsamtes gegen Extremismus und Gewalt.

„Uns nützen gut gemeinte Stellen in der Verwaltung wenig", so Kind, „wenn diese nicht tatsächlich offensiv, öffentlichkeitswirksam und nachhaltig vorgehen." Er vermisse entsprechende Schritte des Landkreises nach der genannten Veranstaltung. „Dieses Problem ist viel zu gefährlich, als dass man es bei Schönwetterreden belassen könnte." Beide Abgeordneten bemängeln in diesem Zusammenhang auch die Politik der Staatsregierung, deren „Politik des Sozialkahlschlags" im Doppelhaushalt 2011/12 dazu führen werde, dass sich die Rahmenbedingungen für Neonazis noch weiter verbesserten.

„Landrat Czupalla hätte die Worte des Richters am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, Prof. Dr. Berlit, bei der zitierten Veranstaltung beherzigen sollen, der dort ausführte, dass in Jugendhilfen investiert werden müsse, denn je besser die Angebote für Jugendliche aus kommunaler Sicht sind, desto geringer wird sich die rechte Gewalt ausbreiten können." Sie verlangten von Landrat Czupalla „gar keinen Mut vor Fürstenthronen", aber „ein wenig Rückgrat und Widerstand" könne auch einem Landrat nicht schaden. Kind und Köditz sind sich einig, dass die Gründung eines „Runden Tisches gegen die extreme Rechte und Rassismus" im Landkreis überfällig und notwendig sei.

PM MdL Kind/Köditz zum Nazi-Zentrum in Delitzsch ■

Pro Köln: „Marsch für die Freiheit" am 7. Mai 2011 geplant

KÖLN. Die Blamage der beiden gescheiterten Kölner „Antiislamisierungskongresse" der Jahre 2008 und 2009 (der erste wurde bekanntlich nach zigtausendfachem Protest von der Polizei verboten, der zweite zwar von einem gigantischen Polizeiaufgebot durchgesetzt, fand dann aber unter faktischem Ausschluss der Öffentlichkeit im allerengsten Kreis statt) lassen Pro Köln offenbar nicht ruhen: Für den 7. Mai 2011 planen die Rassist(inn)en um Markus Beisicht und Judith Wolters einen „Marsch für die Freiheit". Gewohnt großspurig schreiben sie von „mindestens 2.000 Teilnehmern", die von der Deutzer Freiheit quer durch die Innenstadt zum Mediapark laufen sollen. Unterstützt werde das Projekt nicht nur

vom deutsch-schwedischen Unternehmer Patrik Brinkmann (der hatte seine rechten Freunde erst vor wenigen Monaten in Berlin im Stich gelassen), sondern auch von „erfolgreichen europäischen Rechtsdemokraten aus Österreich, der Schweiz, Flandern, Schweden, Spanien, Frankreich, Dänemark, Tschechien, Ungarn sowie dem europäischen Städtebündnis gegen Islamisierung“.

Der geplante Aufmarsch der Rechten soll unter dem sperrigen Motto „Marsch für die Freiheit. Demokratie und Meinungsfreiheit gegen die Blockwarte der Political Correctness verteidigen!“ stehen. Anders ausgedrückt: Pro Köln will die Niederlagen der letzten Jahre nicht auf sich sitzen lassen. Judith Wolter, Fraktionsvorsitzende von pK im Kölner Rat, versucht das auch nicht zu verbergen: „Wir werden am 7. Mai 2011 beweisen, dass es möglich sein wird, eine politisch unkorrekte Großdemonstration für die Freiheit im Herzen von Köln durchzuführen. Wir haben uns die Stadt Köln für diese Großdemo ausgesucht, weil im einstmals liberalen Köln die Freiheitsrechte für rechte Demokraten vielfach außer Kraft gesetzt werden.“ Ob sich die als Unterstützer genannten rassistischen Parteien dafür hergeben werden, für eine außerhalb des Rheinlands doch eher unbedeutende Gruppe die Steigbügelhalter zu spielen, darf derzeit noch bezweifelt werden. Im Internet findet man unter „Marsch für die Freiheit“ jedenfalls derzeit nur Einträge auf Webseiten von pro Köln/pro NRW und deren direktem Umfeld.

Aber egal, ob die Kölner Rassistentruppe europäische Unterstützung erhält oder alleine marschiert: Wie bereits zweimal werden Kölner Demokrat(inn)en alles tun, um diese Provokation, die auch deshalb besonders unerträglich ist, weil sie am Vorabend des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus stattfinden soll, zu verhindern. Die beiden misslungenen „Kongresse“ haben gezeigt, dass es möglich ist, die Rechten zu stoppen oder zumindest entscheidend zu behindern, wenn es gelingt, möglichst viele Menschen unterschiedlichster politischer Herkunft gegen die rassistische Hetze zu mobilisieren.

Derzeit haben pk bzw. dessen Funktionär und Ratsvertreter Jörg Uckermann allerdings erstmal ein anderes Problem: Laut einem Bericht des Kölner Stadtanzeigers soll gegen den Kommunalpolitiker, der aus der CDU zur Beisicht-Truppe gekommen war und erst kürzlich wegen Körperverletzung verurteilt wurde, zum einen der Verdacht auf Versicherungsbetrug und zum anderen der Verdacht, städtische Gelder zu Unrecht bezogen zu haben, im Raum stehen. Uckermann bestreitet die Vorwürfe natürlich vehement. Man wird in den nächsten Wochen und Monaten sehen, wie sauber der Ehrenfelder Saubermann wirklich ist. *tri* ■

Wieder rechtsextremer Referent beim Studienzentrum Weikersheim

STUTTGART. Der Sindelfinger Landtagsabgeordnete und Extremismusexperte im baden-württembergischen Landtag, Stephan Braun, übt scharfe Kritik am CDU-nahen „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW). Der Anlass: Wieder einmal offenbare das SZW Schwierigkeiten mit einer klaren Abgrenzung zum extremen rechten Rand, in dem es Wjatscheslaw Daschitschew als Referenten geladen habe. Der Hamburger Verfassungsschutz stuft Daschitschew als eine internationale Größe des Rechtsextremismus ein.

Stephan Braun: „Das Studienzentrum Weikersheim hat anscheinend nichts aus den vergangenen Skandalen gelernt und ist offenbar nicht willens, eine klare Grenze nach Rechtsaußen zu ziehen. Die Landesregierung und auch Ministerpräsident Mappus müssen nun klar Stellung beziehen und sich eindeutig und glaubhaft vom Studienzentrum Weikersheim distanzieren.“

Nach Brauns Informationen habe Daschitschew in der Vergangenheit nicht nur mehrfach bei Veranstaltungen der rechtsextremen DVU gesprochen. Er trat auch bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ auf, die im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg als „mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung in Deutschland“ bezeichnet wird und ihren Sitz in Oberboihingen bei Nürtingen hat. Eindeutiger noch: Daschitschew ließ sich 2006 von der „Gesellschaft für freie Publizistik“ und ihrem damaligen Vorsitzenden, den zu diesem Zeitpunkt hochrangigen NPD-Funktionär Andreas Molau, mit der „Ulrich-von-Hutten-Medaille“ auszeichnen.

Die Einladung Daschitschews ist nach Brauns Angaben „kein einmaliger Ausrutscher des Studienzentrums Weikersheim“. Bereits in der Vergangenheit war die CDU-nahe Denkfabrik wiederholt in die Kritik geraten, weil sie Referenten aus dem extrem rechten Spektrum geladen hatte. Auch strukturell gebe es immer noch Verbindungen zwischen dem so genannten Studienzentrum und der organisierten extremen Rechten, so Braun. Er verweist darauf, dass dem Präsidium des Studienzentrums Weikersheim aktuell Andreas Graudin angehöre, der auch den Internetauftritt der Einrichtung presserechtlich verantworte. Der „Junge Freiheit“-Autor Graudin ist auch Schriftführer des Berliner Landesverbands der rechtspopulistischen Partei „Pro Deutschland“.

Bei so viel mangelnder Distanz der CDU-nahen Einrichtung gegenüber der extremen Rechten ist nach Auffassung Stephan Brauns nicht nur die Landesregierung, sondern der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Stefan Mappus persönlich gefordert, sämtliche Verbindungen des Landes und der Partei zum Studienzentrum Weikersheim einzustellen. *PM Stephan Braun, http://www.stephan-braun-mdl.de/* ■

Stuttgart 21 – Polizeigewalt mit System

GÖTTINGEN/STUTTGART. Mehrere hundert zum Teil schwer Verletzte durch Knüppel, Wasserwerfer und Reizgas, viele davon SeniorInnen und Jugendliche, und zahlreiche Festnahmen, das ist die Bilanz der staatlich angeordneten Eskalationsstrategie bei der Demonstration gegen das milliardenschwere Renommierprojekt „Stuttgart 21“ vom Donnerstag, den 30.9.2010. Der Zynismus, mit dem die baden-württembergische Regierung auf die exzessive Polizeigewalt gegen Stuttgart-21-GegnerInnen reagiert, ruft mittlerweile allgemeine Fassungslosigkeit hervor. Ministerpräsident Stefa Mappus offenbart ein vordemokratisches obrigkeitsstaatliches Rechtsverständnis, wenn er verkündet: „Wer sich nicht an die Anweisungen der Polizeibeamten hält, handelt rechtswidrig. Auf solche Situationen mussten die Polizeibeamten reagieren.“ Und der Pressesprecher der Stuttgarter Polizei erklärte: „Wenn Demonstranten sich nicht einwandfrei verhalten, dann kann die Polizei auch mal hinlangen“. Ganz nebenbei machen Mappus und sein Polizeisprecher damit Gehorsam und „einwandfreies Verhalten“ zur Vorbedingung für das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Eine von Innenminister Heribert Rech sofort in den Medien lancierte Falschmeldung über angebliche Steinewerfer unter den DemonstrantInnen, durch die der Polizeieinsatz nötig geworden sei, musste sein Ministerium schon am nächsten Tag zurückziehen.

So berechtigt und notwendig die momentanen Proteste gegen die Polizeigewalt in Stuttgart sind – das wirklich Außergewöhnliche am Polizeieinsatz vom vergangenen Donnerstag war, dass seine Opfer auch mit erhöhtem propagandistischen Aufwand nicht pauschal als „Linksextremisten“ diffamiert werden konnten. Sie bestanden zum Großteil aus gut bürgerlichen älteren Damen und Herren, Schülerinnen und Schülern aus der so genannten Mitte der Gesellschaft. Für Linke dagegen ist das Vorgehen der Polizei keine Neuigkeit. (...)

Es steht zu befürchten, dass die Polizei versucht, in Strafverfahren gegen die am 30.9. festgenommenen Stuttgart-21-GegnerInnen eine nachträgliche Legitimation für ihre Prügelorgien zu konstruieren. Die Rote Hilfe e.V. wird alles in ihrer Macht Stehende dafür tun, dass diese Strategie nicht aufgeht und die Angeklagten finanziell und politisch unterstützen.

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V., www.rote-hilfe.de ■

Rechtswidriger Polizeieinsatz gegen Oppositionelle des Anti-Islam-Gipfels 2008

Verwaltungsgericht Köln bestätigt Urteile vom August 2010

Der Sachverhalt:

Am 20.9.2008 befanden sich ca. 150 Personen auf dem Rückweg von Protesten, die sich gegen den von Pro Köln initiierten Anti-Islam-Kongress richteten. In der Rheingasse, und zwar in unmittelbarer Nähe Deutzer Brücke bzw. Maritim-Hotel, wurden sie von der Polizei zunächst aufgehalten und kurze Zeit später eingekesselt. Mehr als 800 DemonstrantInnen und PassantInnen wurden auf diese Weise ihrer Bewegungsfreiheit beraubt. Ab ca. 20 Uhr wurden insgesamt mehr als 400 von ihnen mit Gefangenentransportern in eine Gefangenensammelstelle nach Brühl verbracht. Dort wurden sie dann teilweise bis 7 Uhr des darauf folgenden Morgens festgehalten, also über eine Zeitspanne von immerhin bis zu elf Stunden.

Drei Polizeikessel gab es insgesamt, und zwar den bereits genannten in der Rheingasse sowie jeweils einen weiteren in der Siegburger Straße sowie An der Malzmühle.

Die richterlichen Entscheidungen:

Bereits am 13.8.2010 wurden im Verwaltungsgericht Köln zwei Urteile gesprochen, mit denen das Demonstrationsrecht spürbar gestärkt wurde. Die RichterInnen stellten fest, „ dass verschiedene Polizeimaßnahmen gegen zwei Gegendemonstranten bei einer Anti-Islam Kundgebung der ‚Bürgerbewegung pro Köln e.V.'" im September 2008 im Wesentlichen rechtswidrig waren. Es [d.h. das Gericht. – G.H.] hat damit den gegen das Polizeipräsidium Köln gerichteten Klagen eines Klägers aus Halle in vollem Umfang und einer Klägerin aus Düsseldorf weitgehend stattgegeben."[1]

Zwar stufte das Gericht die Sperrung der Deutzer Brücke als rechtmäßig ein. „Die Einkesselung und die Folgemaßnahmen, insbesondere das Verbringen und mehrstündige Festhalten in der Gefangenensammelstelle in Brühl, hat es in Bezug auf die Kläger aber – nicht zuletzt im Hinblick auf die sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ergebenden hohen Anforderungen für derartige Maßnahmen – für nicht gerechtfertigt gehalten."[2]

Im Rahmen der Berufungsverhandlung, die am 16.9.2010 an gleicher Stelle stattfand, wurden diese beiden Gerichtsurteile nun in vollem Umfang bestätigt. Der Vorsitzende Richter sah es als erwiesen an, dass weder von den DemonstrantInnen noch von den unbeteiligten PassantInnen eine wie auch immer geartete körperliche Gewalt ausging, dass eine akute Gefahr, wie sie vom Vertreter der beklagten Kölner Polizei vorgebracht wurde, also nicht erkennbar war und dass der von der Polizei geleistete Einsatz somit in keinem akzeptablen Verhältnis stand zur tatsächlich vorgefundenen Sachlage vor Ort.

Entsprechend dieser Gesamteinschätzung wurde die Berufungsklage abgewiesen. Eine Veröffentlichung dieses letztgenannten Gerichtsurteils steht noch aus.

Die Konsequenzen:

Mit den Gerichtsurteilen vom 13. August und 16. September 2010 wird das Demonstrationsrecht zweifelsohne gestärkt und mit ihm unweigerlich auch der Protest und ähnlicher politischer Einsatz gegen einen Anti-Islamismus, bei dem es sich in Wahrheit um einen euphemistisch ummantelten Rechtsextremismus handelt.

Willkürlich anmutende Maßnahmen der Kölner Polizei dürften einer hoffentlich wachsamen und interessierten Öffentlichkeit jedenfalls vor dem Hintergrund der beiden Urteile des Verwaltungsgerichts Köln noch schwerer zu vermitteln sein, als sie es in der Vergangenheit ohnehin bereits gewesen sein mögen.

Es liegt an all jenen, die sich dem Protest gegen Rechts verschrieben haben, diesen juristischen Erfolg in ihrer zukünftigen Arbeit produktiv zu nutzen. Inwieweit sich die aktuellen Gerichtsurteile auch auf andere Bereiche des politischen Protestes auswirken, bleibt abzuwarten.

Giesbert Hunold ■

1 Anonym: Polizeieinsatz gegen Gegendemonstranten bei „Pro- Köln" Veranstaltung im September 2008 war im Wesentlichen rechtswidrig. – Veröffentlicht unter: URL: Http://www.vg-koeln.nrw.de/presse/pressemitteilungen/12_100813/index.php (Stand: 22.09.10).
2 Ebenda.

Solidarität mit den Opfern von Nazi-Übergriffen

Miesbach. Am Samstag, den 18. September solidarisierten sich etwa hundert Personen mit den Betroffenen von Naziübergriffen am Miesbacher Marktplatz. Im Aufruf zur Kundgebung hieß es über das Bündnis, das den gemeinsamen Protest organisiert hatte: „Wir sind Leute aus unterschiedlichen politischen und subkulturellen Spektren, die keinen Bock auf Nazis, die Gewalt, die von ihnen ausgeht, und ihre menschenverachtende Hetze haben. Deswegen wollen wir mit dieser Kundgebung gemeinsam ein Zeichen gegen Faschismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus setzen."

Vor allem Jugendliche berichteten in den letzten Wochen und Monaten vermehrt, von Nazis angepöbelt, auf dem Heimweg verfolgt und bedroht worden zu sein. Das ging so weit, dass vor der Haustür vermeintlicher NazigegnerInnen vermummte Neonazis klingelten, um diese einzuschüchtern. Desweiteren machte die „Kameradschaft Miesbach", der etwa zehn Personen angehören, durch Aufkleber, Flyer und Sprayaktionen auf sich aufmerksam.

Auch im Vorfeld dieser Veranstaltung wurde der Bahnhof von Neonazis mit Sprüchen wie „Fight your local Antifa" oder „NS" (Abkürzung für Nationalsozialismus) beschmiert. Gegen elf Uhr hatten sich dann am Samstag etwa 80-100 Personen am Marktplatz versammelt, als ein schwarz gekleideter und vermummter Nazimob von etwa zehn Personen in die Kundgebung der Nazigegner/innen steuerte. Nachdem die Polizei den Aufforderungen der Versammlungsleitung, die Nazis vom Kundgebungsplatz zu entfernen, nicht nachkam, kam es zu einem kurzen Tumult, in dessen Folge alle zehn Nazis für die Dauer der Kundgebung verhaftet wurden. Danach verlief die Kundgebung störungsfrei.

http://randaleundliebe.blogsport.de/2010/09/20/nochmal-zu-samstag/ ■

2. Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“ in Alsdorf erfolgreich durchgeführt

Am Samstag trafen ungefähr 100 Aktivisten aus den verschiedenen Initiativen gegen Rechts in der Region Aachen zusammen, um einen ganzen Tag über Strategien gegen Nazi-Aufmärsche und die weitere Vernetzung ihrer Arbeit zu diskutieren. Zu Beginn der Konferenz begrüßte der Bürgermeister von Alsdorf Alfred Sonders die Gäste in der Gustav Heinemann Gesamtschule. Auch die stellvertretenden Bürgermeisterinnen aus Stolberg und Aachen sprachen Grußworte. Sie bestätigten das Bild der Demonstrationen der vergangenen Monate. Parlamentarische Politik und außerparlamentarische Initiativen hatten Hand in Hand gegen Nazi-Aufmärsche protestiert. Für die Organisatoren bedankte sich Kurt Heiler von der VVN- Bund der Antifaschisten für die herzliche Aufnahme der Konferenz in Alsdorf.

Zu Beginn der Konferenz hörten die Teilnehmer ein Referat von Professor Wolfgang Dreßen, der über den gesellschaftlichen Nährboden von Rassismus sprach. In der Mittagspause gab es Gelegenheit zur Information an den zahlreichen Infoständen. Hier präsentierten Bürgerinitiativen die Ergebnisse über die lokale Aufarbeitung der Geschichte des NS- Regimes. Eine Vernetzung dieser Arbeit war auch Inhalt eines gut besuchten Arbeitskreises unter Leitung der Volkshochschule Aachen. In anderen Arbeitskreisen wurde über die Inhalte und das Auftreten neofaschistischer Gruppen informiert. In einer weiteren Arbeitsgruppe wurden Strategien diskutiert, den jährlichen Aufmarsch von Neonazis Anfang April in Stolberg zu verhindern. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass viele Formen des Widerstands sich ergänzen und keineswegs gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Es ist eine Stärke des Antifaschismus, die Unterschiede in den Auffassungen zu akzeptieren und dabei das Gemeinsame in den Mittelpunkt zu stellen. Und das Gemeinsame in dieser Frage ist: Es muss endlich Schluss sein mit den jährlichen Zumutungen der Stolberger durch Naziaufmärsche.

Die Teilnehmer verabschiedeten eine Erklärung, in der sie als Ziel der Konferenz im kommenden Jahr festlegten, den Nazis nicht nur hinterherzulaufen, sondern eigene gesellschaftspolitische Perspektiven zu entwickeln. So soll z. B. geklärt werden, was es heute heißt zu fordern: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Das Motto der Konferenz soll deshalb lauten: „Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung“.

Frank Thyssen, Pressesprecher der Konferenz
Kurt Heiler, VVN-BdA für die Konferenzleitung ■

Foto: Dominik Clemens

Schlusserklärung der 2. Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“

Heute haben sich erneut über hundert Aktivisten und Unterstützer der Basisbewegung „Aktiv gegen Rechts“ in der Region Aachen zu einer ganztägigen Konferenz getroffen.

Die vergangenen Wochen in der Region waren geprägt von den Blockaden und Demonstrationen gegen eine anti-muslimische NPD Kampagne, die sich gegen den bevorstehenden Bau einer neuen Moschee in Aachen richtet. Die NPD nutzte die Aufmerksamkeit, die das Thema durch die Buchveröffentlichung des Ex-Bundesbankvorstandsmitglieds Thilo Sarrazin erhält.

In Zeiten, in denen Milliarden Steuergelder in von Managern und Aktienbesitzern geplünderte Banken gesteckt werden und die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von den Ärmsten in die Taschen von eh schon Reichen einen weiteren Höhepunkt erreicht, soll die Debatte um Muslime und ihre Gebetsstätten ablenken – ablenken von der Notwendigkeit, eine Wirtschaftsordnung zu gestalten, die den Bedürfnissen der Mehrheit der hier lebenden Menschen entspricht.

Auf der ersten Konferenz vor einem Jahr hatten wir davor gewarnt, dass der Neofaschismus in der Region eine kriminelle Qualität erreicht hat. Mittlerweile sind unsere Warnungen eine offensichtliche Realität geworden: Antisemitische Schmierereien am jüdischen Friedhof in Aachen („Juden ins Gas“), systematische tätliche Angriffe der Neonazis in der ganzen Region, überall rassistische und volksverhetzende Aufkleber und Schmierereien, Morddrohungen und Attentate auf Privatwohnungen.

Leider haben die zuständigen Stellen die Ereignisse oft unzureichend behandelt. Die Justiz hält es für ihre vornehmste Pflicht, den Neonazis für ihre Hetze immer aufs Neue ein Demonstrationsrecht zu gewähren. Die Aufarbeitung der kriminellen Delikte der Neonazis lässt oft jahrelang auf sich warten. Die Polizei konnte erst nach Hinzuziehung von BKA und LKA Erfolge gegen wenigstens zwei Neonazis vorweisen, denen die Vorbereitung des Einsatzes von Sprengmitteln vorgeworfen wird. Die Staatsanwaltschaft hielt die Morddrohungen gegen einen Aussteiger aus der Naziszene sowie andere aktive AntifaschistInnen für „Teil der freien Meinungsäußerung“. Diese Signale haben die Neonazis so verstanden, dass sie in der Region tun und lassen können, was sie wollen, ohne dass sie Konsequenzen zu fürchten hätten.

Wir haben uns heute beschäftigt mit den Grundlagen des Rassismus und mussten feststellen, dass der Rassismus im Gegensatz zu den Neonazis keine Randerscheinung ist, sondern sich immer wieder neu aus der Mitte der Gesellschaft entwickelt. Wir haben in Arbeitskreisen Kenntnisse erworben über das Auftreten der Neonazis, über die Demagogie der Neonazis, wenn sie gegen die Globalisierung ein „das eigene Volk zuerst“ setzen.

Wir haben uns sehr intensiv beschäftigt mit dem drohenden Aufmarsch der Neonazis Anfang April 2011 in Stolberg. Wir waren uns einig darin, dass die alljährlichen Aufmärsche eine Geißel für die Stadt Stolberg und die gesamte Region darstellen. Auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln wollen wir gemeinsam den Neonazis die Lust an diesen Aufmärschen nehmen und uns ihnen entgegenstellen.

Die Konferenz diente auch dem Austausch zwischen den Menschen, die in ihren Gemeinden und Städten über die Verbrechen der Nazis 1933-1945 aufklären und vor allem Schülerinnen und Schüler motivieren, sich der Verantwortung zu stellen, um eine Gesellschaft zu bauen, in der Rassismus, Faschismus und Krieg keinen Platz haben. Die Vernetzung lokaler Geschichtsarbeit ist heute einen Schritt voran gekommen.

Die Notwendigkeit der weiteren Vernetzung unserer Arbeit ist offensichtlich. Wir können und wollen nicht „nur“ den Neonazis hinterherlaufen, sondern einen eigenen Beitrag für eine solidarische und nicht rassistische Gesellschaft entwickeln.

Eine Frage auf der Konferenz des nächsten Jahres soll deshalb sein: Wie kann eine Gesellschaft aussehen, die den Schwur von Buchenwald zur Grundlage hat: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und der Aufbau einer Welt der Freiheit und des Friedens.

Wir schlagen deshalb vor, die nächste Konferenz unter das Motto zu stellen: „Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung.“

Alsdorf, 2.10. 2010 ■

Französische extreme Rechte:

Ringen um Chefposten und Ausrichtung des Front National geht weiter

Bruno Gollnisch lässt seinen internen Wahlkampf von einem Fan der „Protokolle der Weisen von Zion" anführen

Bruno Gollnisch, 60 Jahre alt und Anwärter auf den Parteivorsitz des rechtsextremen Front National (FN), möchte den noch amtierenden „alten Chef" – den 82-jährigen Jean-Marie Le Pen – nicht vorzeitig zu Grabe tragen. Deswegen dachte er auch nicht an eine Beerdigung des alternden Parteichefs, der den FN seit seiner Gründung im Oktober 1972 ohne Unterbrechung und wie ein Monarch führte, als er seinen parteiinternen „Wahlkampf" in der so genannten Königsgruft (Nécropole des rois) eröffnen wollte.

Dort, unter der Basilika im Pariser Vorort Saint-Denis – wo Jahrhunderte lang die französischen Könige gekrönt wurden – reihen sich die Sarkophage der gekrönten Staatsoberhäupter früherer Zeiten aneinander. Aus seinem Auftritt dort, der für den 16. September geplant war, wurde jedoch nichts: Der Priester und Leiter der Örtlichkeiten, Eugène Doussal, verwehrte dem rechtsextremen Politiker den Zutritt zur unterirdischen Begräbnisstätte. Bruno Gollnisch musste seinen Auftritt an der Eingangstür zur Kirche absolvieren, wo ihm der Lärm einer antifaschistischen Gegendemonstration entgegenhallte.

Gollnisch wollte nicht den Sargdeckel über Jean-Marie Le Pen schließen. Es ging ihm vielmehr darum, einen symbolischen Ort aus der Geschichte Frankreichs auszuwählen, „der zum Opfer des revolutionären Vandalismus geworden ist", wie er erklärte – die Revolutionäre von 1789 ff. hatten einige der Königsgräber beschädigt. Aber auch darum, eine Aussage zur aktuellen Situation Frankreichs zu treffen: Der Bezirk von Saint-Denis – in den nördlich an Paris angrenzenden Trabantenstädten – drohe „zum Kosovo Frankreichs zu werden", erklärte Gollnisch. Die Einwanderer, die seiner Auffassung nach wie die Kosovo-Albaner überwiegend Muslime seien, so Bruno Gollnisch, drohten demnächst „die Unabhängigkeit des Territoriums von Frankreich zu fordern". Konfrontiert mit einem Hausverbot in der Basilika, einer Verurteilung seines Auftritts durch das Rathaus von Saint-Denis und Gegendemonstranten, kam Gollnisch jedoch in der Öffentlichkeit nicht sehr weit mit seiner Botschaft.

Seine Herausfordererin – die als chancenreicher als er selbst gilt – ist die 40-jährige Marine Le Pen. Zu ihren Trümpfen zählen ihr Familienname und ihre Eigenschaft, Tochter des Parteigründers und langjährigen -vorsitzenden zu sein. Marine Le Pen war früher Anwältin, bevor sie als hauptberuflich Tätige in den Parteiapparat aufgenommen wurde. Bruno Gollnisch war Juraprofessor und Spezialist für japanisches Recht sowie japanische Kultur - er hatte zu seiner Zeit als Marineoffizier asiatische Sprachen erlernt, weil er für den Nachrichtendienst arbeiten wollte, und ist mit einer Japanerin verheiratet-; er wurde jedoch nach seinen Äußerungen bei einer Pressekonferenz im Oktober 2004 bis zum Ruhestand vom Dienst ausgeschlossen. Damals hatte er den Holo-

Marine Le Pen

caust relativiert und teilweise in Frage gestellt. Beide Bewerber sitzen als Abgeordnete im Europaparlament und bekleiden jeweils einen Posten als Vizepräsident oder Vizepräsidentin des FN.

Marine Le Pen ist nicht nur jünger und attraktiver im Auftreten, sondern hat aufgrund der Unterstützung ihres Vaters auch besseren Rückhalt im Apparat. Ihren „Wahlkampf" eröffnete sie am 17. September in Nanterre bei Paris; und zwei Tage später (am Sonntag, den 19. September) in Cluses in der Nähe des Genfer Sees, wo der FN 2008 eines seiner höchsten Kommunalwahl-Ergebnisse einfuhr. Bei ihrem Auftritt in Nanterre rief sie aus: „Mein Vater hat den FN gegründet und den Weg geebnet (Anm.: im französischen Original: ‚débroussailler', sinngemäß: Strauchwerk entfernen). Ich, ich will die Partei an die Macht führen." Auf der Ebene der Inhalte unterscheide sie „nichts" von Bruno Gollnisch, fügte sie hinzu; aber dieser gebe vom FN ein altbackenes Image, während sie selbst sich attestierte, für ein freundlicheres Erscheinungsbild zu stehen. Und er hauche der Partei keine Dynamik ein, sei „kein General" an der Spitze seiner Truppen, sondern er wolle nur als „moralische Autorität" wirken.

Doch falls sie im Rennen um den Vorsitz gewinne, erklärte Marine Le Pen gleichzeitig, „dann werde ich Bruno Gollnisch zu meinem Vizepräsidenten machen". Gollnisch selbst ging allerdings nicht auf dieses freundliche „Angebot" ein, sondern erklärte, er strebe weiterhin eine Übernahme des Vorsitzes der Partei an.

Unterdessen beschuldigt Marine Le Pen jetzt seit der vorletzten Septemberwoche ihren Rivalen, er oder seine Anhänger betrieben eine „Unterwanderung" der Partei mit Anhängern kleinerer rechtsextremer Splitterparteien, die bislang (größerenteils) außerhalb des FN standen und/oder sich in jüngerer Zeit von ihm abgespalten hatten. Ein Beschluss des „Politisches Büros" – der zweithöchsten Führungsinstanz der rechtsextremen Partei – hatte im Frühjahr 2010 beschlossen, all diejenigen nicht zur Parteimitgliedschaft oder zum (Wieder-)Beitritt zuzulassen, die zuvor auf konkurrierenden Listen gegen den FN kandidiert hatten. Solche Elemente betrieben aber nun „Entrismus" beim Front National, um die Kandidatur Bruno Gollnischs zu befördern. Konkret im Visier sind dabei Aktivisten des ‚Parti de la France' (PdF, „Partei Frankreichs") unter Carl Lang – eine Kleinpartei, die vor gut zweieinhalb Jahren aus einer Abspaltung vom FN hervorging – sowie der faschistisch-antisemitischen Gruppierung ‚Oeuvre française', einer Kleinstgruppe unter Führung von Pierre Sidos, die tatsächlich Gollnisch gegen Marine Le Pen unterstützt.[1]

Der „Kampagnen"leiter" (‚coordinateur de campagne', beim parteiinternen Wahlkampf) Bruno Gollnischs ist ein junger Mann namens Yvan Benedetti, der L'Oeuvre française mindestens ausgesprochen nahe steht – laut eigenen Angaben trat er am 1. August 10 „auf Verlangen von Jean-Marie Le Pen" hin aus der Gruppierung aus - und eine Struktur unter dem Namen ‚Jeune Nation' (so hieß ursprünglich eine faschistische Aktivistentruppe in den 1950er Jahren unter einem der Brüder Sidos, die dann verboten wurde) anleitet. Derselbe Vogel, Yves Benedetti, rief im Juni dieses Jahres einiges Aufsehen hervor, indem er die „ Protokolle der Weisen von Zion" – jene berüchtigte antisemitische Fälschung der zaristischen Geheimpolizei in Russland, im frühen 20. Jahrhundert – als „vorausschauendes Dokument" bezeichnete. (Sic!) Solcherlei „Geschichtspolitik" würde Marine Le Pen, die derartiges Treiben als taktisch

→

und strategisch schädlich betrachtet, denn doch bleiben lassen.[2]

Am 1. September dieses Jahres fiel der Startschuss für den „offiziellen Wahlkampf“ zwischen den beiden Anwärtern auf den Parteivorsitz. Der oder die künftige Vorsitzende der rechtsextremen Partei wird bei ihrem nächsten Kongress, am 15. und 16. Januar 2011 im westfranzösischen Tours, gewählt werden. In den kommenden Tagen und Wochen werden die beiden Kandidaten in die französischen Départements (Verwaltungsbezirke) reisen. Vom 14. Dezember d.J. bis 8. Januar 2011 werden die Parteimitglieder dann per Briefwahl abstimmen, und das Ergebnis wird auf dem Parteitag verkündet werden.

Unterdessen muss der Front National sich allerdings darauf gefasst machen, dass die Plätze auf der (äußersten) Rechten allmählich eng werden. Denn dort wird die Konkurrenz allmählich härter. Jedenfalls ergab eine Umfrage, deren Ergebnisse am Donnerstag, den 23. September 2010 publik wurden, dass 66 Prozent der befragten Französinnen und Franzosen heute die Auffassung teilen, wonach sich die Positionen der Rechtsregierung „denen des Front National annähern“. Der Befragung durch das Institut BVA zufolge vertreten 34 % der Wähler/innen der Konservativen, aber 58 % unter denen der Neofaschisten und 88 % der Wählerinnen und Wähler von Linksparteien diese Auffassung.

Unter dem Eindruck der diagnostizierten Annäherung zwischen rechts und rechtsextrem sind ferner inzwischen 42 Prozent der Ansicht, der Front National sei „eine politische Partei wie die anderen auch“ – eine Zahl, die gegenüber früheren Jahren stark anwuchs –, auch wenn 57 % nach wie vor diese „Normalisierungs“these ablehnen. 81 % treten zugleich gegen einen Regierungseintritt des Front National ein. In dieser massiven Ablehnung dürfte auch der Hauptgrund dafür liegen, warum Nicolas Sarkozy ein offenes Bündnis bislang ablehnt. Anders als sein politischer Freund Silvio Berlusconi, der u.a. die offenen Rassisten von der Lega Nord in seinen Regierungshaufen hineinholte. Noch! Denn wird Nicolas Sarkozy diese Position auf Dauer aufrecht erhalten?[3]

Fortsetzung folgt garantiert, an dieser Stelle...

Bernhard Schmid, Paris ■

1 ‚Oeuvre française‘ ist u.a. jene Gruppierung, welcher die jungen Naziskins angehörten, die am 1. Mai 1995 – am Rande des alljährlichen Aufmarschs des FN in Paris „zu Ehren der Nationalheiligen Jeanne d’Arc“ – den Marokkaner Said Bourram in der Seine ertränkten und zuvor mit einem Parteibus des FN aus Reims angereist waren.

2 Vgl. dazu http://droites-extremes.blog.lemonde.fr/2010/09/24/congres-du-fn-marine-le-pen-accuse-carl-lang-de-faire-de-lentrisme/ , im Zusammenhang mit http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2010/06/30/ 97001-20100630FILWWW00476–sages-de-sion-premonitoire.php

3 Vgl. dazu AFP : http://www.google.com/hosted-news/afp/article/ALeqM5iulG8tIgsxTSCx_wHN4qpm6p5oRw , oder auch http://www.lejdd.fr/Politique/ Actualite/Gouvernement-a-droite-toute-222165/ und http://abonnes.lemonde.fr/politique/article/2010/ 09/23/une-majorite-de-francais-jugent-que-les-positions-du-gouvernement-se-rapprochent-de-celles-du-fn_1414917_823448.html

Desertörs-denkmal für Hamburg!

Hamburg. Am „Tag des offenen Denkmals“ ließ das Bündnis „Ein Desertörsdenkmal für Hamburg“ den Kriegsklotz am Stephansplatz mit einer 5x4 Meter großen Plane behängen.

Das Transparent hatte bereits im Juni das Gefallenendenkmal auf Ohlsdorf geziert und nennt die Namen der 68 „Wehrkraftzersetzer“ und „Fahnenflüchtigen“, die von den Kriegsgerichten der Wehrmacht zum Tode verurteilt und nach ihrer Hinrichtung auf Ohlsdorf bestattet worden sind. Die beteiligten Vereine des Bündnisses forderten in ihren kurzen Ansprachen die Errichtung eines Deserteursdenkmal am Kriegsklotz.

Ludwig Baumann (89 J.), Vorsitzender des „Bundesverbands Opfer der Militärjustiz“ und Zeitzeuge, berichtete über die späte und halbherzige Rehabilitierung der einstigen „Fahnenflüchtigen“ in der Bundesrepublik. Dr. Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sprach über die bisherigen Bemühungen in Hamburg, den Opfern der NS-Militärjustiz eine bleibende Form der Erinnerung zu schaffen. Hein Pfohlmann von der Gedenkstätte Ernst Thälmann stellte vier Deserteure vor, die heute auf dem „Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer“ ruhen. Andrea Krieger vom „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ moderierte die dreieinhalbstündige Veranstaltung bravourös. Info-Stände beteiligter Vereine und Transparente machten Passanten auf das Geschehen aufmerksam.

Nach der von Baumpfleger Hajo Busch und seinen Freunden bewerkstelligten Hängung aller Transparente am Kriegsklotz konnte ab 17:30 Uhr die Plane mit den 68 Namen entrollt werden. Gleichzeitig verlas der Abgeordnete der Linksfraktion in Hamburg-Nord Franz-Josef Peine (DKP) die Namen und Hinrichtungsdaten dieser Opfer. Das Schauspielduo Arnika Kuff & Wolf Wempe trug anschließend die neue Textcollage „Der Fall Willi Dittmann“ vor. Der Zeitzeuge Uwe Storjohann berichtete von seiner Zeit als Rekrut in der Graf-Goltz-Kaserne in Rahlstedt, wo in den Wochen vor Kriegsende täglich Deserteure hingerichtet worden sind. Der Nachkriegsumgang mit dem Thema veranlasste Uwe Storjohann zu der Feststellung, dass die Adenauerära einmal aufgearbeitet werden sollte.

Nach Einsetzen der Dämmerung startete direkt am Kriegsklotz eine Beamershow, die bereits bestehende Deserteursdenkmäler in anderen Städten der Bundesrepublik vorstellte. So besteht seit 2009 ein offizielles Deserteursdenkmal in Köln. Auch andere Städte, wie Ulm, Potsdam und München sind da Hamburg voraus.

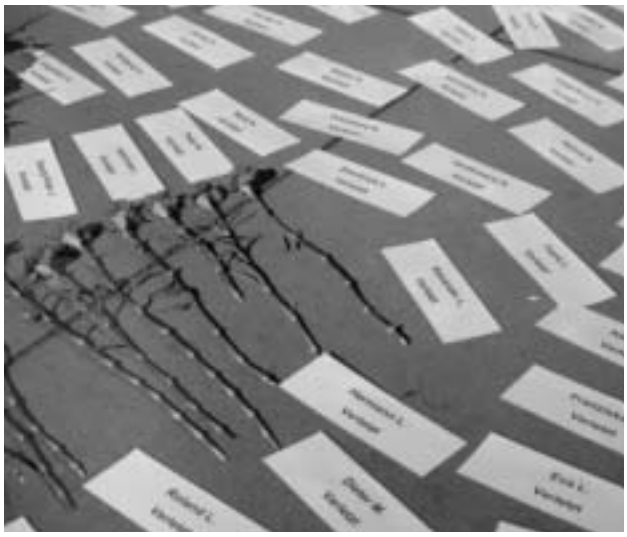
An den Hinrichtungsstätten am Höltigbaum in Rahlstedt und im Hof des Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis wurden im 2. Weltkrieg Hunderte „Fahnenflüchtige“ hingerichtet.

Gefragt sind weitere Ideen, um das Thema publik zu machen.

Lokalberichte Hamburg 19-2010 ■

NS-Verfolgte für Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Oktoberfest-attentat

Die mitgliederstärkste deutsche Organisation von ehemaligen NS-Verfolgten und deren Angehörigen engagiert sich dafür, dass – 30 Jahre nach dem größten Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik, der 13 Todesopfer und über 200 Verletzte forderte – die Ermittlungen zum Oktoberfestattentat 1980 wieder aufgenommen werden. Bis heute wird offiziell die These vertreten, es habe sich bei dem Rechtsextremisten Gundolf Köhler, der selbst bei dem Bombenanschlag umkam, um einen „Einzeltäter“ gehandelt. Der Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN - BdA) beschloss bei seiner Tagung am 26. September, dem 30. Jahrestag des Bombenat-



Am 30. Jahrestag des Oktoberfest-Attentats, am 26.9. wurde der Opfer gedacht und der Offene Brief an die Justizministerin verteilt

tentats, einstimmig, einen von Gewerkschaftern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Bayern verfassten Offenen Brief an Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger zu unterstützen.

„Wir ersuchen Sie“, heißt es in diesem Schreiben, „die Bundesanwaltschaft zu beauftragen, dass die Ermittlungen zu Täterschaft und politischen Hintergründen des Anschlags auf das Oktoberfest am 26. September 1980 in München wieder aufgenommen werden, und dass bei diesen Ermittlungen neue beweisrelevante Erkenntnisse Berücksichtigung finden sowie bereits vorliegende Spuren und Hinweise einer neuen und unvoreingenommenen Würdigung unterzogen werden. Schon immer haben begründete Zweifel bestanden, ob das offizielle Ermittlungsergebnis des Bayerischen Landeskriminalamts und des Generalbundesanwalts die Wahrheit wiedergibt. Zu groß sind die Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten bei den Ermittlungen, zu zahlreich die Spuren und Indizien, die nicht berücksichtigt wurden. Bei der Suche nach der wirklichen Täterschaft des Anschlags sind auch die neuen Erkenntnisse, die sich aus der Auswertung der Akten der Staatssicherheit der DDR ergeben können, einzubeziehen.“

Es sei, so die Verfasser des Schreibens „ein Skandal, dass die anlässlich der Tat gesicherten Asservate bereits 1997 vernichtet wurden. Hier handelte es sich um Mord, der schon 1980 keiner Verjährung unterlag. Der Öffentlichkeit sowie den Opfern des Anschlags und ihren Angehörigen wurde die Wahrheit in einer Weise vorenthalten, die eines Rechtsstaats unwürdig ist.“ Deshalb sei es „endlich an der Zeit, dieses Verbrechen in seiner Gesamtheit und all seinen Hintergründen aufzuklären und dabei gegebenenfalls auch die Verbindungen vorbehaltlos zu klären, die Verfassungsschutzämter und Bundesnachrichtendienst mit der rechtsextremistischen Szene unterhielten, aus der heraus vermutlich der Anschlag verübt wurde.“

Der Offene Brief an die Bundesjustizministerin hat bereits beachtliche Resonanz gefunden. Unter den bisher rund 700 Unterzeichnern finden sich Ignaz Platzer, Vater von zwei beim Oktoberfestattentat ermordeten Kindern, der langjährige Verfassungsrichter in Bayern Dr. Klaus Hahnzog, Matthias Jena, Vorsitzender des bayerischen DGB und zahlreiche Mitglieder der Landtagsfraktionen von SPD und Bündnisgrünen im Freistaat. *Berlin, 29.9.10, VVN-BdA* ■

WIEDERAUFNAHME DER ERMITTLUNGEN
ZUM OKTOBERFESTATTENTAT VOM 26. SEPTEMBER 1980
Offener Brief an Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Sehr geehrte Frau Ministerin,
wir ersuchen Sie, die Bundesanwaltschaft zu beauftragen, dass die Ermittlungen zu Täterschaft und politischen Hintergründen des Anschlags auf das Oktoberfest am 26. September 1980 in München wieder aufgenommen werden, und dass bei diesen Ermittlungen neue beweisrelevante Erkenntnisse Berücksichtigung finden sowie bereits vorliegende Spuren und Hinweise einer neuen und unvoreingenommenen Würdigung unterzogen werden.

Schon immer haben begründete Zweifel bestanden, ob das offizielle Ermittlungsergebnis des Bayerischen Landeskriminalamts und des Generalbundesanwalts die Wahrheit wiedergibt. Zu groß sind die Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten bei den Ermittlungen, zu zahlreich die Spuren und Indizien, die nicht berücksichtigt wurden. Bei der Suche nach der wirklichen Täterschaft des Anschlags sind auch die neuen Erkenntnisse, die sich aus der Auswertung der Akten der Staatssicherheit der DDR ergeben können, einzubeziehen. Es ist ein Skandal, dass die anlässlich der Tat gesicherten Asservate bereits 1997 vernichtet wurden. Hier handelte es sich um Mord, der schon 1980 keiner Verjährung unterlag. Der Öffentlichkeit sowie den Opfern des Anschlags und ihren Angehörigen wurde die Wahrheit in einer Weise vorenthalten, die eines Rechtsstaats unwürdig ist. 30 Jahre nach dem größten Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist es endlich an der Zeit, dieses Verbrechen in seiner Gesamtheit und all seinen Hintergründen aufzuklären und dabei gegebenenfalls auch die Verbindungen vorbehaltlos zu klären, die Verfassungsschutzämter und Bundesnachrichtendienst mit der rechtsextremistischen Szene unterhielten, aus der heraus vermutlich der Anschlag verübt wurde.

Vorname, Name ggf. Beruf / Funktion
Wohnort Unterschrift

Kontakt und V.i.S.d.P: Bernhard Schindlbeck, Dachauer Str. 140 b, 80637 München
Mail: SchindlbeckB@ gmx.de

Zug der Erinnerung:

Den Forderungen Nachdruck verleihen!

Die Deutsche Bahn AG hat ihr Angebot an die Überlebenden der „Reichsbahn“-Deportationen erhöht und bietet jetzt pro Person 20 Euro an – verteilt über drei Jahre. Der Betrag entspricht etwa 55 Cent pro Monat und soll nur indirekt zur Auszahlung kommen: auf dem Umweg über die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ). Demnach würde die Berliner EVZ „Förderprogramme“ auflegen. Jede direkte Beziehung zwischen dem „Reichsbahn“-Nachfolger Deutsche Bahn AG und den Opfern des Vorgängerunternehmens soll vermieden werden.

„Das Angebot löst unter den Betroffenen Unruhe aus“, heißt es in einem Memorandum, das der „Zug der Erinnerung“ am 8. September veröffentlicht hat. „Es ist geeignet, sowohl in Deutschland wie im europäischen Ausland und weltweit Empörung auszulösen.“

Der „Zug der Erinnerung“ weist darauf hin, dass die bei den „Reichsbahn“-Deportationen erzielte Einnahmesumme laut eines Gutachtens bereits auf 2,2 Milliarden Euro aufgelaufen ist, berücksichtigt man eine Verzinsung zu 2,5 % ab 1945. Die Deportationseinnahmen wanderten von der SS über die „Reichsbahn“ ins „Reichsverkehrsministerium“ und damit in die Staatskassen. Erbin ist die Bundesrepublik Deutschland, die heute Alleineigentümerin der DB AG und Schuldnerin ist.

Dass die DB AG jetzt Centbeträge für angemessen hält, um den Opfern des Vorgängerunternehmens entgegenzukommen, sei für die Überlebenden „beleidigend“, heißt es in dem Memorandum, das auch den Außenministerien der ehemals okkupierten Länder zur Verfügung gestellt wurde.

Der „Zug der Erinnerung“, der die bisherigen Gespräche zwischen DB AG/EVZ einerseits und zahlreichen Opferorganisationen andererseits für gescheitert hält, verlangt die Einrichtung eines Runden Tisches. Bis zum 7. Dezember 2010, dem von der DB AG und der Bundeskanzlerin geplanten Auftritt zum 175. Jahrestag des deutschen Eisenbahnwesens, müsse eine gemeinsame Empfehlung vorliegen. „Die Auszahlung an die bedürftigen Opfer (einschließlich der Opfer in der Bundesrepublik Deutschland)“ soll „zügig beginnen... An diesem Runden Tisch muss die deutsche Zivilgesellschaft, die in Fragen der ‚Reichsbahn‘-Verbrechen vom ‚Zug der Erinnerung‘ vertreten wird, ohne Einschränkung beteiligt sein.“ (Memorandum)

Für den kommenden Herbst und Winter kündigt die Bürgerinitiative an, ihren Forderungen nach moralischer und materieller Restitution der „Reichsbahn“-Opfer auf mehreren Bahnhöfen Nachdruck zu verleihen.

http://Zug-der-Erinnerung.eu ■

MEMORANDUM über die Hilfe für Opfer der „Reichsbahn“-Verbrechen

◗ Im Herbst 2009 hat die deutsche Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ (ZdE) ein Gutachten veröffentlicht, das die Einnahmen der „Deutschen Reichsbahn“ bei der Beihilfe zu den NS-Menschheitsverbrechen mit einer Summe von mindestens EUR 445 Millionen ausweist. Der verzinste Einnahmebetrag, der nie zurück gezahlt wurde, beträgt mindestens EUR 2,2 Milliarden.

◗ Im Frühjahr 2010 haben Opferverbände in Osteuropa und ZdE dieses Gutachten zum Anlass genommen, den „Reichsbahn“-Erben eine Sühneleistung zu empfehlen. Sie soll den bedürftigen Überlebenden der „Reichsbahn“-Deportationen zugute kommen.

◗ Im Juni 2010 ist der Vorstand der Deutschen Bahn AG unter Beteiligung der deutschen Bundesregierung in Gespräche mit den Vertretern der osteuropäischen Opfer eingetreten. In Kürze wollen die Gesprächspartner ein vorläufiges Ergebnis ihrer mehrmaligen Treffen verlautbaren.

Nach vorliegenden Informationen hat der Vorstand der Deutschen Bahn AG den Opfern einen Betrag angeboten, der in keinerlei Beziehung zu der minimalen Gutachtensumme (EUR 445 Millionen) steht. Der Betrag ist unangemessen und beleidigt die Opfer, deren soziale Lage sie zur Annahme nötigt. Das Angebot löst unter den Betroffenen Unruhe aus. Es ist geeignet, sowohl in Deutschland wie im europäischen Ausland und weltweit Empörung hervorzurufen.

Auch ein Angebot in unwesentlich nachgebesserter Höhe, das die Referenzsumme der kriminellen „Reichsbahn“-Einnahmen (EUR 445 Millionen) außer Acht lässt und diese mehr als halbiert, wird keinen Bestand haben können.

Ein gerechtes Ergebnis kann nur erreicht werden, wenn die moralischen und finanziellen Aspekte unter Beteiligung sämtlicher Akteure umfassend sowie einvernehmlich gewürdigt werden. Das bisherige Verfahren, das wir als gescheitert ansehen, bietet dafür keine Grundlage.

Der „Zug der Erinnerung“ spricht die Erwartung aus, dass die verantwortlichen Gremien der Deutschen Bahn AG und der Bundesregierung sowie die damit befassten Parlamentarier des Deutschen Bundestages die Einrichtung eines Runden Tisches befürworten. Ziel sollte es sein, bis zum 7. Dezember 2010 eine gemeinsame Empfehlung auszusprechen, so dass die Auszahlung an die bedürftigen Opfer (einschließlich der Opfer in der Bundesrepublik Deutschland) zügig beginnen kann. An diesem Runden Tisch muss die deutsche Zivilgesellschaft, die in Fragen der „Reichsbahn“-Verbrechen vom „Zug der Erinnerung“ vertreten wird, ohne Einschränkung beteiligt sein.

Der „Zug der Erinnerung“ ist der Ansicht, dass Schuld und Schulden der gemeinsamen Geschichte der Deutschen eines gemeinsamen Abtrags bedürfen. Das moralische Kapital, das die deutsche Zivilgesellschaft dabei einsetzt, und das finanzielle Kapital, über das die DB AG und ihre Eigentümerin verfügen, müssen zusammengeführt werden und dazu beitragen, Misstrauen und Hass zwischen den überlebenden Opfern und den Nachfahren der Täter vergehen zu lassen.

Berlin, 8. September 2010 ■

Dokumente zum deutschen Nationalismus und zum Kampf dagegen, zusammengestellt von GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion (August 2010, 2 Euro, 28 Seiten) Ihr könnt sie Euch herunterladen (2,6 MB) unter www.labournet.de/diskussion/rechten/gewantifa_wm2010.pdf oder in Papierform bestellen.

In zwei Jahren steht bereits wieder eine Fußball-EM an. Die Erfahrungen besonders seit der WM 2006 in Deutschland haben gezeigt, dass diese internationalen Großveranstaltungen eine wichtige Funktion haben und genutzt werden, um hier in Deutschland Nationalismus und Rassismus verstärkt zu verbreiten. (…) Über nationalistische Massenspektakel wie Fußball-WM/EM hinaus geht es vor allem darum, im Kampf gegen den tagtäglichen deutschen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung unter fortschrittlichen GewerkschafterInnen und Antifas zu verstärken.

GewerkschaftlerInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
http://gewantifa.antifa.net/ ■

Mindeststandards für Abschiebungshaft umsetzen

Berlin, 17. September 2010. Das Bundesinnenministerium hat heute einen Gesetzentwurf vorgelegt, der der Umsetzung der sog. „Rückführungsrichtlinie“ der Europäischen Union in deutsches Recht dienen soll. Die im Jahr 2008 erlassene Richtlinie regelt Mindeststandards für die Aufenthaltsbeendigung von Drittstaatsangehörigen ohne Aufenthaltsrecht in der EU. Unter anderem macht sie detaillierte Vorgaben für den Vollzug von Abschiebungshaft und die Durchführung von Abschiebungen. Sie muss bis zum 24.12.2010 in nationales Recht umgesetzt werden.

Der Entwurf bleibt auf den ersten Blick in mehreren Punkten hinter den Vorgaben der Richtlinie zurück. Einige Beispiele:

• Die Richtlinie schreibt vor, dass Abschiebungshäftlinge grundsätzlich getrennt von Strafgefangenen unterzubringen sind. Eine Ausnahme ist nur zugelassen, wenn in einem Mitgliedstaat keine speziellen Hafteinrichtungen existieren. Der Gesetzentwurf lässt nun beide Unterbringungsformen nebeneinander zu, obwohl in Deutschland spezielle Einrichtungen vorhanden sind. Es fehlt zudem der Hinweis, dass eine Unterbringung in Justizvollzugsanstalten die räumliche Trennung von den Strafgefangenen erfordert.

• Die in der Richtlinie festgelegten besonderen Vorkehrungen für schutzbedürftige Personen (z. B. psychisch Kranke, Minderjährige, Schwangere und Alleinerziehende, Behinderte) finden sich im Gesetzentwurf nur unvollständig wieder.

• Die Richtlinie bestimmt zudem, dass die Mitgliedstaaten ein wirksames System für das Monitoring von Rückführungen schaffen müssen. Im Entwurf finden sich dazu keinerlei Ausführungen.

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland appelliert an die Bundesregierung, ihrer europarechtlichen Verpflichtung gegenüber Ausländern, die vor der Abschiebung stehen, in vollem Umfang gerecht zu werden.

Quelle: PM Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland 17.09.2010 ■

Dramatische Fluchtszene am Flughafen Frankfurt

Während die UN von einer dramatischen Zuspitzung der Sicherheitslage für Zivilisten in Afghanistan berichtet, ist in Bayern der bundesweit erste Versuch einer Afghanistanabschiebung seit zwei Jahren bekannt geworden. Der Kriegsdeserteur Ahmad P. (28) sollte am Dienstag, den 7.9.2010 von Frankfurt nach Kabul abgeschoben werden.

Mit einem dramatischen Fluchtversuch rettete sich der Afghane, mit einem weiteren Abschiebeversuch ist jedoch zeitnah zu rechnen.

Ahmad P. floh im Jahr 2008 nach seiner Desertion aus der Afghanischen Armee nach Deutschland. Seine berechtigte Angst, im Kampfeinsatz zu sterben, wurde jedoch nicht als Fluchtgrund anerkannt und sein Asylantrag abgelehnt. Seither lebte er mit einer Duldung in Passau, bis er am 24.8.2010 in Abschiebehaft genommen wurde.

Straftaten hat Ahmad P. zwar nie begangen, trotzdem setzten ihn Beamte der Bundespolizei am letzten Dienstag in eine Maschine von „Safi Airways“, die um 20.30 Uhr abheben sollte. Wenige Minuten vor dem Start floh Ahmad P. aus dem Flugzeug und rannte auf das Rollfeld – eine lebensgefährliche Tat, wenn in diesem Moment ein Flugzeug gestartet oder gelandet wäre.

Ahmad P.s Bruder, Aschraf P., der in München lebt, wertet dies als Selbstmordversuch: „Ahmad sagte mir kurz vor dem Flug, dass er sich umbringen wird, wenn er nach Afghanistan zurück muss“. Denn Ahmad P. hat Angst vor der Rückkehr, er erklärte aus der Haft heraus, er fürchte um sein Leben. Neben der Gefahr durch den bewaffneten Konflikt sind in Afghanistan willkürliche Verhaftungen, Folter, Entführungen und Erpressungen an der Tagesordnung. Lebensmittelpreise in Kabul sind derzeit kaum bezahlbar, die medizinische und sanitäre Versorgung ist weiterhin völlig unzureichend. Wie er seinen Lebensunterhalt in Afghanistan bestreiten soll, ist mehr als unklar, da er dort keine familiäre Unterstützung hat. Lediglich sein 78-jähriger Vater lebt noch in Afghanistan, sein Aufenthaltsort ist jedoch unbekannt.

Seit zwei Jahren ist dies bundesweit der erste bekannt gewordene Fall eines Asylbewerbers, der ohne Straftaten begangen zu haben nach Afghanistan abgeschoben werden soll. Die Lage in Afghanistan hat sich indes weiter verschlechtert. Die UN berichtet für das erste Halbjahr 2010 von einem Anstieg der zivilen Opfer des Bürgerkriegs um 30 Prozent:

1.271 zivile Todesopfer und 1.997 Verletzte sind dokumentiert, die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert, Ahmad P. umgehend frei zu lassen und weitere Abschiebeversuche zu unterlassen. „Es ist menschenverachtend, dass trotz der dramatisch zugespitzten Sicherheitslage nach Afghanistan abgeschoben wird. Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp“, sagt Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat - flucht@nds-fluerat.org ■

Gleiche Rechte für alle statt interkultureller Heuchelei

Bad Salzungen/Gerstungen. Es sollte eine harmonische Saalveranstaltung im Rahmen der „Woche des ausländischen Mitbürgers“ werden, während derer sich die Staatsbediensteten und die ihnen loyalen Teile der Zivilgesellschaft gegenseitig auf die Schulter klopfen wollten – für den vermeintlichen Beitrag zur Integration von MigrantInnen. Als Sprecher waren unter anderem der Ausländerbeauftragte des Landkreises und der Innenminister Thüringens, Huber (CDU), vorgesehen. Um dem Begriff der „Interkulturalität“ gerecht zu werden, war eine portugiesische Band eingeladen und ein sogenannter „Migrantenvertreter“ aus Gerstungen sollte sprechen. Pikanterweise war dieser Vertreter

Marode Räume im Lager Gerstungen

weder Teil einer Organisation, noch den BewohnerInnen des Gerstunger Flüchtlingsheims bekannt. Während also die VertreterInnen aus Politik, Behörden und dem gutsituierten Teil der Gesellschaft im 4-Sterne Kurhotel von Bad Salzungen ihrem Verständnis von Integration und „guten Ausländern“ Legitimität verleihen wollten, sollten die rund 80 Bewohner des Heims in Gerstungen – wohlgemerkt „interkultureller“ als so manche Stadt im Wartburgkreis – , still in ihrer von Schimmel, Zerfall und Einschüchterung durch die Heimleitung geprägten Ex-Kaserne sitzen.

Die Veranstaltung hatte bereits ihren Lauf genommen, als sich eine Gruppe von unerwarteten Gästen ihren Weg durch das Restaurant des Nobelhotels bahnte. Die engagierten Sicherheitskräfte wussten nichts so recht anzufangen mit den etwa 30 Flüchtlingen aus Gerstungen und den AktivistInnen von The VOICE Refugee Forum aus Jena, Apolda und Eisenach, die sich nicht wie erforderlich im Voraus angemeldet hatten, um Teil der illustren Gesellschaft zu sein. Es kamen Familien und Einzelpersonen aus Syrien, Afghanistan, Aserbaidschan, Sierra Leone, Kosovo, Iran und vielen weiteren Ländern, die zum Teil seit acht oder mehr Jahren in der Isolation des baufälligen Heims in Gerstungen leben müssen – ohne jemals zur „Interkulturellen Woche“ eingeladen worden zu sein. Während der Ausländerbeauftragte als Erster sprach, ließ sich die Gruppe in den hinteren Reihen des holzvertäfelten Saals nieder. Das Publikum war geprägt von Abendgarderoben hier, Bundeswehruniformen dort.

Auf die Anfrage, ob die aus Gerstungen Gekommenen Raum in der Veranstaltung bekämen, ein dringendes Anliegen vorzutragen, reagierte die Organisatorin des Tages ablehnend. Nach Ende des Programms wäre vielleicht Zeit dafür. Trotz eines Hinweises auf den Hintergrund der Flüchtlinge und den Zusammenhang der Veranstaltung wollte sie sich nicht auf einen Kompromiss einlassen. Daraufhin begannen die AktivistInnen, Flugblätter (http://thevoiceforum.org/ node/1781) zu den Zuständen in Gerstungen und zum sogenannten geladenen „Migrantenvertreter“ im Saal zu verteilen. Die ZuhörerInnen reagierten überrascht, begannen aber zugleich, die Mitteilung zu lesen.

Nach einer kurzen Musikeinlage betrat der Innenminister die Bühne und begann mit seiner Rede. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass dieser mit den Stimmen der großen Koalition in Thüringen erst kürzlich wieder das Fortbestehen der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen bestätigt hat, konnten die HeimbewohnerInnen und The VOICE – AktivistInnen nicht still seinen Worten lauschen. Die gesamte Gruppe erhob sich und stellte sich zwischen Bühne und Publikum auf. Der Saal wurde etwas unruhig und niemand wusste, was vor sich ging. Von solcher Entschlossenheit überrascht, unterbrach der Innenminister seine Rede und überließ verunsichert den Flüchtlingen das Wort. Diese erklärten zunächst, woher sie kämen und dass sie aufgrund eines dringenden Anliegens gekommen wären. Dem Publikum wurde deutlich gemacht, dass es, wenn es Interkulturalität haben wolle, bitte nicht hier im Saal sitzen solle, sondern mal einen Blick nach Gerstungen werfen könne. Die Bedingungen, unter denen die Menschen dort jahrelang leben müssten, seien unmenschlich und isolierend. Außerdem sei der „Migrantenvertreter“ nicht aus ihren Reihen und würde somit nicht für sie sprechen.

Die Sprache langsam wiederfindend, reagierte der Innenminister mit beschwichtigenden Worten. Der geladene Ausländer sei tatsächlich einfach eine Einzelperson, die sich zum Thema Integration äußern würde, und bezüglich der Zustände in Gerstungen kündigte er an, innerhalb der nächsten sechs Wochen einmal vorbeizuschauen. Dass man derlei Versprechungen nicht brauche, dass es hier nicht um kleine Renovierungen, um kosmetische Maßnahmen, gehe, die ohnehin nicht getan würden, machten die Bewohner des Heims deutlich. Es gehe vielmehr darum, dass sie dezentral in normalen Häusern leben wollten. Die ehemalige Kaserne außerhalb von Gerstungen sei sowohl baufällig als auch per se völlig isolierend. Mit dieser Ansage ließen sie das Publikum hinter sich und der Innenminister setzte nach einer Pause seine Rede fort. Auf der Terrasse des Hotels führten die Flüchtlinge und AktivistInnen noch Interviews mit einer Pressevertreterin. Diese berichtete, dass der Minister – nachdem die Gruppe aus Gerstungen den Saal verlassen hatte – noch gemeint hätte, sie könnten ja ruhig noch länger bleiben und an der Feier teilnehmen. Die Unterbrechung der Veranstaltung schien ein deutliches Legitimationsdefizit hinterlassen zu haben.

Die zentrale Forderung der Menschen aus der Gemeinschaftsunterkunft Gerstungen bleibt die Schließung des Heims. Menschenwürdige Unterbringung für alle! Und dafür werden sie auch weiterhin kämpfen.

Mehr Infos: http://thevoiceforum.org/search/node/gerstungen

Refugee Network Support Thueringen ■

Bundesregierung spart an Integrationskursen

BERLIN. „Einerseits von ‚Integrationsverweigerern‘ schwafeln und andererseits den Rotstift an Integrationskursen ansetzen, zeigt, wie ernst es der Bundesregierung beim Thema Integration ist. Als gäbe es dort keine Probleme, wird an den dringend notwendigen Kursen gekürzt. Politiker aus CDU, CSU, FDP und SPD, die Migranten als ‚Integrationsverweigerer‘ denunzieren und sich in ihren Forderungen nach Sanktionen gegenseitig überbieten, verzerren die Wirklichkeit mit ihren rechtspopulistischen Unwahrheiten“, erklärt Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE anlässlich der Antwort auf ihre Kleine Anfrage zur Finanzierung der Integrationskurse (Bundestagsdrucksache 17/2993). Dagdelen weiter:

„Wie viele zur Kursteilnahme Verpflichtete ihrer Verpflichtung aus welchen Gründen nicht nachkommen, kann die Bundesregierung nicht sagen. Das hält sie aber nicht davon ab, über schärfere Sanktionen gegen ‚Integrationsverweigerer‘ zu schwadronieren. Und das, obwohl die Bundesregierung gerade das Sprachkursangebot für länger hier lebende Migranten zusammengestrichen hat; also jenen, denen sie öffentlich eine mangelhafte Bereitschaft zum Deutsch-Lernen unterstellt. Auch weiterhin soll lieber die Teilnehmerzahl den Finanzvorgaben als die Finanzen der hohen Nachfrage angepasst werden. Wer wohlwissentlich Migranten jahrelang auf diese Art und Weise den Zugang zu Integrationskursen erschwert, um sie dann der ‚Integrationsverweigerung‘ zu bezichtigen und aus dem Lande schaffen zu wollen, wie dies Gabriel, Böhmer und de Maiziere tun, fährt im braunen Fahrwasser von Sarrazin. Es gibt keine mangelnde Motivation, sondern vor allem mangelnde Möglichkeiten für Migranten. DIE LINKE fordert, dass endlich entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Teilhabe an den Kursen zu ermöglichen. Ein Schritt dazu wäre, wenn die Bundesregierung endlich für einen Rechtsanspruch auf Kursteilnahme für bereits länger hier lebende Migranten und eine faire Bezahlung der Lehrkräfte sorgen würde.“

Pressemitteilung Sevim Dagdelen, MdB DIE LINKE, 22.09.2010 ■

Erster Verhandlungstermin gegen Dogan Akhanli am 8. Dezember 2010

KÖLN/ISTANBUL. Die 11. Große Strafkammer des Strafgerichts Istanbul hat nunmehr den Prozessauftakt gegen den Schriftsteller und Menschenrechtler Dogan Akhanli festgesetzt: Am 8. Dezember 2010 wird Akhanli zum ersten Mal vor Gericht und damit öffentlich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen können. Drei Monate werden dann seit der Anklageerhebung verstrichen sein. Jeder dieser Tage beschert Dogan Akhanli weitere 24 Stunden unberechtigten Freiheitsentzug. Zu den Behauptungen der Staatsanwaltschaft, er sei 1989 nicht nur an einem Raubüberfall mit Todesfolge beteiligt, sondern auch noch der Kopf einer bewaffneten Organisation gewesen, die die „verfassungsmäßige Ordnung“ hätte stürzen wollen, erklärte Akhanli über seine Anwälte: „Mord, ganz gleich, ob er aus politischen oder anderen Motiven begangen wurde, ist ein Verbrechen, das aufgeklärt und geahndet werden muss. Dies ist nicht nur eine Pflicht gegenüber den Getöteten, sondern auch eine menschliche und gesellschaftliche Verantwortung gegenüber den Angehörigen der Opfer. Auch wenn die mir vorgeworfenen Straftaten verjährt sein sollten, will ich nicht, dass mit dieser Begründung das Verfahren gegen mich eingestellt wird. In diesem Land, in dem unaufgeklärte Morde nicht die Ausnahme, sondern den Normalfall darstellen, möchte ich gegen die Vorwürfe keinen Anspruch auf „Verjährung“ ins Feld führen. Ich will, dass die Vorwürfe gegen mich aufgeklärt werden. Dann wird das Gericht mich schließlich freisprechen müssen.“ Auch die Anklageschrift, ähnlich wie der seinerzeitige Haftbefehl, enthält nach Ansicht der Anwälte keine belastbaren Beweismittel gegen Akhanli.

Fortlaufende Informationen unter www.das-kulturforum.de.

recherche international e.V. ■

Am 31. Oktober um 18 Uhr findet eine Solidaritätsveranstaltung für Dogan Akhanli statt. Prominente Kölner Autoren lesen Texte von Dogan Akhanli und diskutieren zum Thema, darunter: Günter WALLRAFF, Navid KERMANI - Renan DEMIRKAN - Fatih ÇEVIKKOLLU - Pinar SELEK - Lale AKGÜN - Tanya URY. Forum VHS im Museum, Cäcilienstraße 29-33, Köln

Hungerstreik in der LGU für Flüchtlinge Nostorf/Horst

Hamburg. Vor 5 Tagen ist Herr S. aus Afghanistan, der in der Landesgemeinschaftsunterkunft (LGU) für Flüchtlinge in Nostorf/Horst, einem Lager, das von Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Hamburg auch als Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) für die ersten drei Monate genutzt wird, in den Hungerstreik getreten.

Als Begründung für den Hungerstreik gab er uns gegenüber an, dass er nach drei Monaten in Nostorf/Horst nicht in eine andere Unterkunft in Mecklenburg-Vorpommern verteilt worden sei und in Nostorf/Horst bleiben müsse. In der LGU werden zumeist Menschen untergebracht, deren Asylantrag abgelehnt wurde und bei denen die Behörde die Abschiebung plant. Diese Menschen müssen dann oftmals in Nostorf/ Horst ein Jahr und länger von der Bevölkerung isoliert und ohne rechtliche Beratung und Unterstützung leben. Die Betroffenen erhalten nur ein Taschengeld von monatlich 40 Euro. Eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und eine Kontaktaufnahme nach außen ist schon deshalb nicht möglich, weil nicht einmal das Geld für den Bus nach Boizenburg übrig bleibt. Herr S. will das nicht hinnehmen und teilte uns mit, dass er solange im Hungerstreik bleiben werde, bis er eine andere Unterkunft erhalte, in der er nicht isoliert und ohne Kontakte zur Bevölkerung unter menschenunwürdigen Bedingungen und ohne Perspektive leben müsse.

Herr S. war bereits im Krankenhaus, wurde dann aber wieder nach Horst gebracht. Dort hat er den Hungerstreik fortgesetzt. Einem gerufenen Arzt hat er mitgeteilt, dass er weder essen noch Infusionen erhalten wolle. Heute Mittag (18.9.) wurde Herr S. zwangsweise mit Unterstützung der Polizei ins Krankenhaus gebracht, wogegen er heftig protestiert hat. Wie wir erfahren haben, wurde Herr S. in die psychiatrische Abteilung eines Krankenhauses verlegt, das wir noch nicht kennen. Bei einer Zwangsernährung besteht, so ist zu befürchten, die akute Gefahr, dass Herr S. Suizid begeht, da er zu allem entschlossen scheint. Wir haben den Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern informiert.

Eine Mitarbeiterin des Flüchtlingsrats Mecklenburg-Vorpommern hat dann bei den Maltesern in Nostorf/Horst, die die Unterkunft betreiben, und den dortigen Medizinischen Dienst angerufen. Beide Stellen behaupteten, nichts von einem Hungerstreik zu wissen, auch heute Mittag noch nicht, nachdem Herr S. von der Polizei und einem Krankenwagen abgeholt wurde. Auch gegenüber dem Vorsitzenden der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Dr. Andreas Crusius, der zwischenzeitlich informiert wurde, gaben sich die Zuständigen in Nostorf/Horst zuerst unwissend, mussten aber dann zugestehen, dass sich Herr S. im Hungerstreik befindet. Hierzu: Der AWO Kreisverband Ludwigslust, der Träger der medizinischen Beratung in Nostrof/Horst ist, wurde gegen 11:30 Uhr von einem Mitarbeiter des Flüchtlingsrats Hamburg über den Vorfall informiert.

Es sieht so aus, als ob der Hungerstreik totgeschwiegen werden soll. Zur Situation in der Flüchtlingsunterkunft Horst: Die Situation ist katastrophal. Mittlerweile sind die Menschen dort zu allem entschlossen. Sie haben für heute (18.9.) ab 7:00 Uhr Proteste angekündigt.

Die Flüchtlinge protestieren gegen:

• **Völlige Isolation:** Flüchtlinge, die Mecklenburg-Vorpommern zugeteilt sind, müssen oftmals 1 Jahr und länger in Nostorf/Horst bleiben. Sie haben kaum Kontakt nach außen, da die Unterkunft auf dem Lande, 10 km von Boizenburg entfernt, liegt.

• **Völlig unzureichende rechtliche Beratung:** Die dort untergebrachten Menschen fühlen sich mit dem Asylverfahren völlig allein gelassen. Die Beratungsstelle des Flüchtlingsrats Mecklenburg- Vorpommern ist nur einmal pro Woche, jeweils dienstags, von 9-15 Uhr geöffnet. Die dort arbeitende Mitarbeiterin muss 300-400 Menschen betreuen, was unmöglich ist. Nicht einmal die Fahrten zu RechtanwältInnen und Beratungsstellen, geschweige denn die rechtliche Beratung durch RechtsanwältInnen, können die dort zwangsweise untergebrachten Menschen bezahlen. Sie erhalten maximal 40 Euro pro Monat. Die Chance auf ein faires Asylverfahren wird ihnen konsequent und bewusst vorenthalten.

• **Völlig unzureichende medizinische Versorgung:** Die Menschen erhalten zum größten Teil nur Schmerzmittel (Paracetamol), die Überweisung zu Fachärzten wird oftmals verweigert und erfolgt dann auch nur bei mehrfachem Nachfragen.

• **Das Essen, so die Menschen dort, sei eine Katastrophe.** Zudem sei die Mensa viel zu klein. Die Leute müssen lange draußen warten, um eingelassen zu werden, da in Etappen gegessen wird. Viele der Betroffenen sind deshalb sehr aufgebracht. Hierin liegt wohl auch die Ursache für den Streit, der am 30.8.2010 in der Kantine ausgebrochen und eskaliert ist und zu mehreren Verletzten, drei davon schwer, geführt hat.

Als sofortige Maßnahmen fordern wir zusammen mit den in Nostorf/Horst lebenden Menschen: **Sofortige Schließung der Landesgemeinschaftsunterkunft Nostorf/Horst.**

Alle auf Mecklenburg-Vorpommern verteilten Menschen müssen spätestens nach dreimonatiger Aufenthaltsdauer in der ZEA Nostorf/Horst Wohnungen erhalten, in denen sie nicht isoliert und ohne Kontakte zur Bevölkerung unter menschenunwürdigen Bedingungen und ohne Perspektive leben müssen.

Sofortiger Stopp der Unterbringung von Hamburg zugeteilten Flüchtlingen in Nostorf/Horst.

Darüber hinaus fordern wir für alle Menschen: Wohnungen statt Lager! Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Wohnortes! Bleiberecht und gleiche Rechte für alle!

PM vom 18.9.10, Flüchtlingsrat Hamburg, Dr. Franz Forsmann ■

(Anm.: Der Hungerstreik in Horst hat sich zum vergangenen Wochenende auf ca. 30 bis 40 Personen ausgeweitet, die zunächst mit zugeklebten Mündern vor der Kantine saßen. Aktuellere Informationen lagen zum Redaktionsschluss nicht vor. *Red. Lokalberichte Hamburg*)

Neuerscheinung: Rechtsradikalismus im Internet

Der jüngste, von Dr. Christoph Busch herausgegebene, Band zum „seit gut 10 Jahren international erforscht[en]“ (S. 18) Themenkomplex der Aktivitäten der extremen Rechten im world wide web mit dem Titel „Rechtsradikalismus im Internet“ setzt sich selbst das Ziel, einen Überblick über den Forschungsstand auf diesem Gebiet zu geben. Busch besorgt dies, den Bogen von den ersten deskriptiven Studien Mitte der 1990er über bewegungsanalytische Studien seit den 2000er Jahren bis zu medienpädagogischen Ansätzen spannend, in der Einleitung selbst. Zusätzlich soll versucht werden diesen Kenntnisstand „durch empirische Analysen punktuell zu erweitern“ (S. 27).

Zu einem Großteil ist das Buch Ergebnis eines Lehrforschungsprojektes gleichen Namens an der Universität Siegen sowie einer darauf aufbauenden Tagung aus dem Jahre 2009. Die Mehrzahl der Beiträge besteht so aus Arbeiten von Studierenden der Gesellschaftswissenschaften, die sich dem Thema aus verschiedenen Blickrichtungen und vermittels verschiedener Ansätze annäherten. Diese Beiträge werden ergänzt durch Texte von Wissenschaftlern, die sich bereits langjährig mit Rechtsextremismus und/oder politischer Kommunikation im Internet beschäftigen (so vor allem Andreas Hetzer und Dr. Thomas Pfeiffer).

Der/die Leser/ in findet unter anderem zwei Untersuchungen zur sogenannten „New-Nazi-Economy“, sowohl zur Nachfrage- als auch zur Angebotsseite. Eine solche Untersuchung aus erstgenannter Perspektive legt der Band somit zum ersten Mal überhaupt vor.

Es schließt sich eine Analyse von Jennifer Freudenberg und René Mrosky zur geschlechtsbezogenen Selbstdarstellung in rechtsradikalen Online-Kontaktbörsen an, die eine gewisse Spannbreite von „role models“, die innerhalb der rechten Szene positiv rezipiert werden, zutage fördern konnte, gleichzeitig allerdings feststellt, dass nach wie vor die klassischen reaktionären Rollenmuster vorherrschen.

Weitere Analysen zur www-Selbstdarstellung der „Autonomen Nationalisten“ und Bands des sogenannten „Rechtsrock“ beziehungsweise der Ästhetik rechtsradikaler Websites generell liegen ebenfalls vor und tragen jeweils zur Erfüllung von Forschungsdesideraten bei. Im Kapitel über rechtsradikale Einflüsse auf die (Internet-)Öffentlichkeit sticht besonders der Beitrag von Désirée Davids und Pia Schütz über „[r]echtsradikale Argumentationsmuster in öffentlichen Foren“ in Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den sogenannten „Anti-Islam-Kongress“ von „pro Köln“ im Herbst 2008 hervor.

Die Untersuchung der Gegenwehr, sprich: der Strategien der Auseinandersetzung mit dem Problem des Rechtsradikalismus im Internet reicht von einer Politikfeldanalyse der Wahrnehmung und Problemlösungsvorschläge von Seiten der Bundestagsparteien über eine Darstellung der hiermit verbundenen Regulierungsprobleme bis zu einer Systematisierung der im web2.0 verfügbaren Abwehrmöglichkeiten rechtsextremer Inhalte von Marios Anastasiadis (Universität Bonn). Hiermit eng verknüpft ist die Frage der Aufklärung über extrem rechte Aktivitäten im Internet, welche den Fokus sowohl auf die Berichterstattungen in „Qualitätszeitungen“ wie der taz und der FAZ legt, als auch auf die Effektivität von Aufklärungswebsites hinsichtlich ihrer Wirkung auf jugendliche Rezipienten, wobei hier von Alexander Fuchs und Fabian Klein exemplarisch im Rahmen einer Gruppendiskussion die Eindrücke von Schülerinnen und Schülern einer Bonner Waldorfschule eingeholt wurden.

Der Sammelband kann insbesondere vermittels der Beschäftigung mit den Strategien der Aufklärung und der Auseinandersetzung in der Tat den vom Siegerländer Gewerkschafter und Bundestagsabgeordneten Willi Brase in seinem Vorwort gestellten Anspruch zur „zivilgesellschaftlichen Aktivierung“ der demokratischen Kräfte (S. 3) erfüllen.

Das Buch stellt durch die die verschiedenen Teildisziplinen der Sozialwissenschaften abdeckenden Beiträge, welche zur Schließung von Forschungslücken beitragen, einen Beitrag zur Ausleuchtung und Vertiefung des Themas dar, ist zugleich aber auch als Einführungsliteratur geeignet.

Phillip Becher ■

Christoph Busch (Hg.): Rechtsradikalismus im Internet, Universitätsverlag Siegen; 388 Seiten, Siegen 2010

Sammelband „Was ein rechter Mann ist...“ erschienen

Im Rahmen der Texte-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist jetzt ein Sammelband „Was ein rechter Mann ist...“ Männlichkeiten im Rechtsextremismus’erschienen. Die HerausgeberInnen hoffen, damit Anstoß für Debatten zu bieten, Zustimmung hervorzurufen, aber auch Widerspruch auszulösen.

Rechtsextreme Kameradschaften gelten als Männerbünde schlechthin; das öffentliche Bild und der mediale Blick auf rechtsextreme Aktivitäten sind vom Stereotyp der männlichen Schläger bestimmt; laut polizeilicher Statistiken werden Gewalttaten zu großen Teilen von Männern begangen. Die männliche Dominanz im Rechtsextremismus wird selten reflektiert. Die Autor_innen des Bandes wollen diese Leerstellen füllen und die Verknüpfung von Rechtsextremismus und Männlichkeit näher beleuchten, um einen produktiven Beitrag in die Arbeit gegen Rechtsextremismus einzubringen. Hierzu sollen Ansätze aus der feministischen Rechtsextremismusforschung und der kritischen Männlichkeitsforschung gebündelt werden, um die Konstruktion sowie den Stellenwert von Männlichkeit im bundesdeutschen Rechtsextremismus transdisziplinär zu analysieren. Autor_innen des Bandes sind: Marc Brandt, Robert Claus, Paula Diehl, Thomas Gesterkamp, Andreas Heilmann, Eva Kreisky, Juliane Lang, Esther Lehnert, Kurt Müller, Yves Müller, Ulrich Overdieck, Karsten Schuldt, Andreas Speit, Georg Spitaler, Olaf Struve, Fabian Virchow, Kristin Witte.

Robert Claus / Esther Lehnert / Yves Müller (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist...“ Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Texte 68 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 256 Seiten, Broschur, 14,90 Euro, ISBN 978-3-320-02241-9

Download:
http://www.rosalux.de/themen/parteien-demokratie/publikationen/publikation/datum/2010/09/17/was-ein-rechter-mann-ist/thema/sprachen/parteien-demokratie/priorisierung-regional.html ■

„DEMAGOGEN ENTZAUBERN“

Willi Mernyi und Michael Niedermair haben ein wichtiges Buch geschrieben. In Zeiten, in denen rechtspopulistische und rechtsextreme Demagogen Hochkonjunktur haben, haben sie griffig dargelegt, wie gegen sie vorgegangen werden kann.

Rechtsextreme sitzen nun auch im schwedischen Parlament. Überall in Europa treiben sie ihr Unwesen – egal ob in den Niederlanden, Frankreich oder Bulgarien. Das sogenannte „Phänomen Haider“ – der „geistige Ziehvater des österreichischen und internationalen Rechtsextremismus heimste schon Ende der 90er-Jahre fast 30 Prozent der Stimmen ein – ist schon längst keine österreichische Besonderheit. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krisen, die neoliberalen politischen Offensiven und das weitgehende Versagen der traditionellen Linken bzw. der Gewerkschaftsführungen haben den Boden aufbereitet. In dieses ideologische Vakuum stoßen rechte Demagogen aller Schattierungen vor. Fassungslosigkeit, Lähmung und Unvermögen, adäquat zu reagie-

ren, macht sich breit.

Genau hier setzen die Autoren an. Willi Mernyi ist Leiter des Kampagnenreferates des ÖGB und war 2003 maßgeblich an der Organisation der Massenstreiks gegen die schwarz-blaue „ Pensionsreform“ beteiligt. Michael Niedermaier ist Betriebsrat in der voestalpine Personalberatung. Die beiden geben – kurz – die Gründe für die Verbreitung des populistischen Ideenunguts an (1): „Die europäische Sozialdemokratie hat sich häufig von den Lebenswelten der „einfachen“ ArbeiterInnen abgekoppelt“ (S. 21). Und die populistische Propaganda hat deshalb Erfolg, weil „wir keine Alternativen aufzeigen – keine Gegenentwürfe zu dieser kapitalistisch-globalisierten und rein der Vernunft des Kapitals unterworfenen Welt“ (S. 22). Die beiden Autoren konzentrieren sich in der Folge vor allem auf das WIE den Populisten begegnet werden kann.

Rechtsextremen Demagogen geht es nicht um wahrheitsgemäße, sachhaltige Argumente. Sie schaffen ein spezielles, gefühlsaufgeladenes Terrain. Dies gilt es klar im Auge zu behalten. Ausschließlich mit besseren Argumenten, facts und noch mehr facts, ist es demzufolge nicht getan. Mehr ist notwendig. Und erinnern wir uns: die „Großen“ der Arbeiterinnenbewegung – etwa Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht oder LeoTrotzki – waren hervorragende RednerInnen, sie hatten Ausstrahlungskraft, „Charisma“.

Vor diesem Hintergrund entwickeln die Autoren Schritt für Schritt Gegentechniken und -strategien: sich selbst genau kennen, den Gegenüber gut einschätzen (auch „respektieren“ – solange es sich um ein „ konstruktives“ Gespräch handelt), die jeweilige spezifische Gesprächssituation bedenken, positive wie negative Gefühle nicht hochnasig ignorieren – die Rechtspopulisten und Rechtsextremen haben ja u. a. dadurch Erfolg, dass sie den – verzerrten – Gefühlen der „underdogs“ der Gesellschaft in demagogischer Weise hofieren.

Wichtig der Unterschied zwischen populär und populistisch. Denn dem „Volk aufs Maul schaun“, auch Dialekt und Umgangssprache verwenden, ist keinesfalls per se Rattenfängerei.

Ganz anders werden die Dinge, wenn „der demagogische Angriff“ erfolgt (S. 151ff). Hier empfehlen die Autoren den „dreiphasigen Demagogenkonter“ – den ich jetzt nicht schildern werde, sondern der der Lektüre des Buches entnommen werden sollte!

Wenn eine – solidarisch kritische! – Anmerkung/ Ergänzung/ Unterstreichung zu dem spannenden Buch angebracht ist, dann die, dass die ArbeiterInnenbewegung dringendst einen Politikwechsel braucht. Denn mit der besten Aufklärung und Gesprächstechnik ALLEIN wird der Kampf zu einer Windmühlen-Aktion à la Don Quichote. Die – zu recht – Enttäuschten werden mangels realer, fortschrittlicher Alternativen weiter nach rechts abdriften. Dem Buch kann nur eine starke Verbreitung und eine zahlreichreiche – kritische – Leserschaft gewünscht werden! *Hermann Dworczak* ■

Willi Mernyi, Michael Niedermair: Demagogen entzaubern. Hetzer Stoppen. Propaganda entlarven. Vorurteile entkräften. Im Betrieb. Am Stammtisch. Bei öffentlichen Veranstaltungen. ÖGB Verlag Wien, 207 Seiten, 19,80 Euro

1) Das vorliegende Buch, das sich insbesonders mit den Methoden wie den - rechtsextremen und rechtspopulistischen - Demagogen begegnet werden kann beschäftigt, ist durchaus in Verbindung mit einer Broschüre des Mauthausen Komitees Österreich zu sehen, die v.a. inhaltlich ausgerichtet ist: Christa Bauer, Willi Mernyi: Rechtsextrem. ÖGB Verlag Wien

Studie zum Thema „Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge“erschienen

Die Studie widmet sich einem sozialwissenschaftlich aktuellen und nach wie vor politisch brisanten Thema: Die Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz (November 2006) und die Einfügung der Paragraphen 104 a und b in das Aufenthaltsgesetz weckten bei den in Deutschland lebenden langjährig geduldeten Flüchtlingen – und auch bei Menschenrechtsorganisationen – die Hoffnung und Erwartung, dass der rechtlich unsichere Status langjährig geduldeter Flüchtlinge nun – endlich – verfestigt würde. Die Bilanz des Jahres 2010 lässt jedoch deutlich werden, dass die Hoffnung auf Rechtssicherheit und damit verbunden die erwartete Verbesserung der prekären Lebensbedingungen nicht eingetreten sind. Ein Großteil der betroffenen Flüchtlinge konnte die erforderlichen Voraussetzungen für die Erlangung des Bleiberechts nicht erfüllen. Vor allem in Zeiten der wirtschaftlichen Krise stellt der Nachweis einer existenzsichernden Erwerbsarbeit Flüchtlinge vor eine kaum überwindbare Hürde. Der neu eingeführte Rechtsstatus ‚Bleiberecht auf Probe‘ hat das Problem der rechtlichen Unsicherheit, der drohenden Abschiebung und sozialen Prekarität keineswegs gelöst, sondern nur aufgeschoben.

Der Band präsentiert Ergebnisse einer qualitativen Studie, die an der Hochschule Fulda von Gudrun Hentges und Justyna Staszczak durchgeführt wurde: Langjährig geduldete Flüchtlinge berichten in Interviews davon, was es bedeutet, unter den Bedingungen der rechtlichen und sozialen Unsicherheit zu leben. Die Angst vor Abschiebung, die das Leben der geduldeten Flüchtlinge bestimmt, wurde für die meisten Interviewpartner/innen auch durch die Bleiberechtsregelung nicht beseitigt. Wie in den Gesprächen mit Flüchtlingen deutlich wurde, prägt der unsichere aufenthaltsrechtliche Status ihr Leben und ihre Zukunftsperspektiven.

Die Autorinnen:
Gudrun Hentges, Prof. Dr., ist Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Migration und Integration, extreme Rechte, politische Bildung.
Justyna Staszczak, B.A., absolvierte den Studiengang Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Interkulturelle Beziehungen (BASIB) und studiert zurzeit den bilingualen Studiengang Intercultural Communication and European Studies (ICEUS) an der Hochschule Fulda.

Gudrun Hentges/Justyna Staszczak: Geduldet, nicht erwünscht. Auswirkungen der Bleiberechtsregelung auf die Lebenssituation geduldeter Flüchtlinge in Deutschland. ibidem-Verlag Stuttgart, ISBN 978-3-8382-0080-4, 184 S., Paperback, 29,90 Euro ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Konservative Renaissance?

Junge Freiheit Nr. 38/10 vom 17. September 2010

Der Rücktritt von Erika Steinbach aus dem CDU-Bundesvorstand bewegt das Blatt zu neuen Hoffnungen für eine rechte Partei. Chefredakteur *Dieter Stein* kommentiert: „Zwischen der Allmacht der Linken und der Feigheit der Bürgerlichen gibt es also einen dialektischen Zusammenhang. Doch es gibt Ansätze für konservatives Rebellentum: ob bei der Volksabstimmung über die Schulreform in Hamburg oder beim Marsch für das Leben am kommenden Wochenende in Berlin. Die Union kann nicht dauerhaft darauf spekulieren, dass ihr politisches Monopol unangetastet bleibt." Und Blattredakteur *Thorsten Hinz* behauptet: „Mit der Union hat nun die letzte der etablierten Parteien in einer zentralen geschichtspolitischen Frage die Positionen der SED übernommen. Das wiegt um so schwerer, weil in Deutschland mehr als anderswo das Geschichtsbild die Real- und Gesellschaftspolitik definiert."

Das lässt ihn in die unterste Schublade der rechten Propagandakiste greifen: „Auf dieser schiefen Grundlage wird die Politik zum Tummelplatz für Charaktere, deren Wertigkeit sich bereits habituell und physiognomisch mitteilt. Dazu muss man Frau Steinbach auf einem Jahresempfang des BdV gesehen haben, wie sie sich aufrecht, stolz, klar konturiert und natürliche Autorität ausstrahlend durch das Publikum bewegt, jeder Zoll an ihr eine Offizierstochter. Dagegen dann die vergnomten, lauernden, verwaschenen-amorphen Vertreter der informellen Blockparteien." Man fragt, waren die auch auf dem Empfang des BdV? Die herabsetzende biologistische Beschreibung greift den Körperkult der rechten Bewegungen des vorletzten Jahrhunderts auf.

Die Frage nach der neuen Partei stellt auch Blattautor *Kurt Zach*. Er kommt zum Schluss, die bestehenden Parteien seien nicht geeignet, auch die „Pro"-Gruppierung sei nicht geeignet: „das Personal rekrutiert sich zu einem Gutteil aus Enttäuschten früherer Parteigründungen … Dagegen könnte eine Bürgerbewegung, die den Protest gegen steuerliche Ausplünderung, Überfremdung, staatliche Gängelung und Entmündigung sinnfällig zusammenbringt, durchaus zu einer Vorstufe und zugleich zum unerlässlichen politischen Umfeld einer neuen politischen Kraft rechts der Union werden. Tritt darüber hinaus die von Michael Wolfssohn vorausgesagte und durch die Causa Steinbach wieder etwas wahrscheinlicher gewordene Spaltung der Union ein, wird das Schwingen der ‚Faschismuskeule' … zum unglaubwürdigen Unterfangen."

Wulff ist nicht der Wunschpräsident

Junge Freiheit Nr. 39/10 vom 24. September 2010

Bereits bei der Wahl hetzte das Blatt gegen den Bundespräsidenten Christian Wulff und sieht sich nun in seiner Haltung bestätigt: „Wulffs persönliche Möglichkeiten, präsidiale Wirkung zu entfalten, sind bescheiden. Mit der Bezeichnung Deutschlands als einer ‚bunten Republik' in seiner Antrittsrede am 2. Juli hat er sich zu einer Kindergeburtstagsrhetorik bekannt, wie sie in den 1980er Jahren bei den Grünen gepflegt wurde. Wulff muss damals sehr darunter gelitten haben, dass man ihn nicht dazu einlud, weil CDU-Nachwuchsfunktionäre als potenziell reaktionär galten. Um künftig dabeisein zu dürfen, wurde er zu einem sogenannten Modernisierer und hat auch die persönliche Modernisierung so weit vorangetrieben, dass er jetzt eine Tattoo-Trägerin an seiner Seite als Erste Dame des Staates präsentiert. Stellt die öffentliche Figur des Christian Wulff – gerade weil sie ohne Stil und Würde daherkommt – das dar, was aus dem Land inzwischen geworden ist?" Man möchte dem hämischen Schreiber antworten – ja auf jeden Fall mehr als „konturierte" Offizierstöchter.

Die Parteihoffnung blüht weiter

Junge Freiheit Nr. 40/10 vom 1. Oktober 2010

Karlheinz Weißmann, regelmäßiger Autor im Blatt, hofft auch auf einen konservativen – in Wirklichkeit rechts-rassistischen – Aufbruch: „… wer etwas über die schicksalhaft gegebenen im Biologischen verankerten, eben nicht ‚erfundenen' Differenzen zwischen Individuen, Geschlechtern, Ethnien sagt – der übt keine Detail-, sondern Fundamentalkritik … Konservatismus war in den letzten Jahrzehnten die Sache einer Minderheit, die ihr Selbstbewusstsein auch daraus bezog, eine Minderheit zu sein. Das genügt jetzt nicht mehr, sowenig wie der Wunsch, eine Haltung zu konservieren oder einen bestimmten Denkstil. Der Erfolg der konservativen Welle hängt ganz wesentlich davon ab, ob es gelingt, zwischen der diffusen Massenstimmung, dem, was sich als Mentalitätswandel andeutet, den Dissidenten und den Ideengebern, der Wagenburg und dem Entsatz, eine Verbindung herzustellen. Um das zu erreichen, wird man von Gewohnheiten abgehen und von Empfindlichkeiten absehen müssen … Denn es geht um Wichtigeres."

Ob es der Rechten tatsächlich gelingt, sich parteiförmig rechts von den Unionsparteien zu organisieren, ist bislang nicht absehbar. *uld* ■

Verschmelzung von DVU und NPD bis Jahresende?

Auf einer Sitzung am 17. September hat der Bundesvorstand der DVU einen Entwurf zum „Verschmelzungsvertrag" mit der NPD beschlossen, melden DVU und NPD auf ihren Webseiten.

Angestrebt sei die Verschmelzung bis zum 31.12.10. Es soll einen gemeinsamen Parteinamen geben, „in dem sich die bisherigen Parteien wiederfinden können". Für die künftige Besetzung der Bundes-, Landes- und Kreisverbände sollen „Regelungen geschaffen werden, die sicherstellen, daß Mitglieder beider Parteien berücksichtigt werden".

Der Vertrag wird auf getrennten Parteitagen beschlossen werden, als letzter Schritt folgt dann eine schriftliche Urabstimmung der Mitglieder beider Parteien. Jedes Mitglied werde postalisch ein Wahlformular erhalten und könne seine Stimme abgeben. Die Bundesparteitage würden voraussichtlich im November 2010 stattfinden, heißt es. ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507